

Leipzig NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Ein soziales Netzwerk macht mobil

Edgar Schu im Gespräch: Es geht wirklich nur noch ganz anders! **Seite 3**

■ Disput unter Polizeischutz

Wenn Erich Zeigner wüsste, dass 2007 couragierte Bürger in seinem Wohnhaus bedroht sind **Seite 4**

■ Schlechte Gesetze ändern!

Links will antifaschistische Klausel – Rechts nennt sie grundgesetzwidrig **Seite 6**

■ Jan-Ullrich-Treibjagd

Doping-Vorwürfe haben ihn besiegt. Wo sind die Beweise? **Seite 13**

5

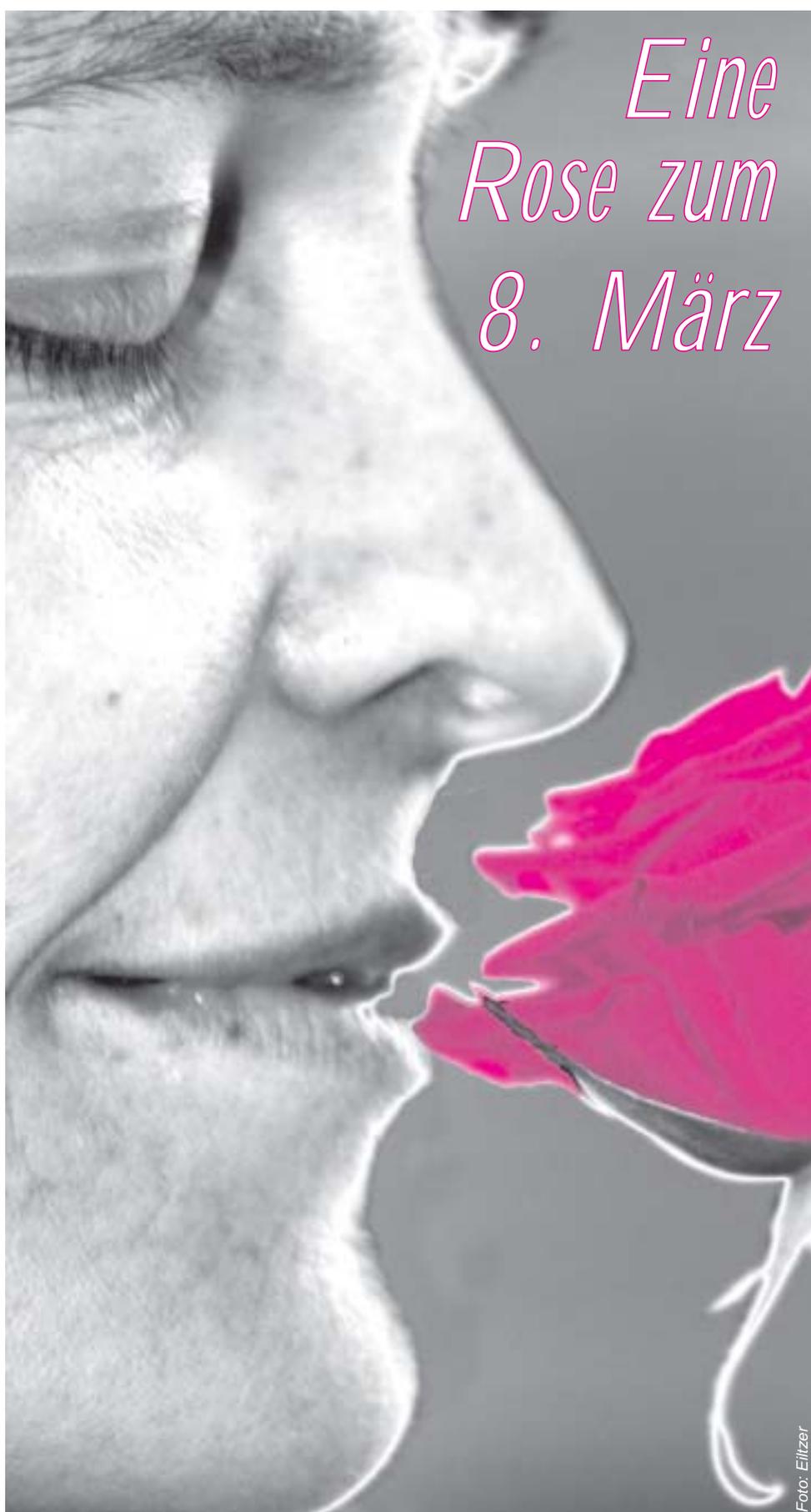
2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
9. März

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo



Eine
Rose zum
8. März

Foto: Eiltzer

Bizarr, weil wahr?

„Unsinn in Potenz“, „bizarr“, „skandalös“, ja „grundgesetzwidrig“ sei Christian Klars Grußbotschaft aus dem Gefängnis an die Teilnehmer der von der „jungen Welt“ organisierten Rosa-Luxemburg-Konferenz zu Jahresbeginn. So jedenfalls empören sich jetzt, fast sechs Wochen später, Politiker von SPD, FDP, der Grünen und der CDU. Sie müssen allesamt den Text des 54-jährigen RAF-Mitgliedes – wegen seiner mutmaßlichen Beteiligung an verschiedenen Anschlägen zu sechs Mal lebenslänglich plus 15 Jahren verurteilt – mit Schaum vor dem Mund gelesen haben. Wie kann es so einer auch wagen, auf die Überwindung des Kapitalismus zu hoffen! Dabei, es riecht aus seinen Zeilen weder nach Schwefel, noch donnern einem MP-Salven entgegen. Klar drückt lediglich aus, was intelligente Menschen ohnehin wissen und was ihnen Zuversicht in ihrem Kampf gegen die soziale Tyrannei gibt: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte!

Ihm wegen dieser allgemeingültigen Erkenntnis zu verweigern, dass er 2009, nach 26 Jahren Haft, in die Freiheit entlassen wird, das ist tatsächlich bizarr, skandalös, ja grundgesetzwidrig. Rechtsanwalt Dr. Gregor Gysi stellte klar: „Hafterleichterungen werden nach dem Grad der Gefährdung der Gesellschaft durch einen Inhaftierten und nach anderen Kriterien gewährt, aber niemals nach der politischen Gesinnung. Ob jemand pro- oder antikapitalistisch ist, spricht weder für noch gegen Hafterleichterungen, ist für die Frage ohne Relevanz. Dass der zuständige Justizminister Goll und andere Politiker meinen, dass Hafterleichterungen prokapitalistische Ansichten und Äußerungen voraussetzen, ist hanebüchen und grundgesetzwidrig.“

• M.W.

Christian Klars Grußbotschaft

Liebe Freunde, das Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz „Das geht anders“ bedeutet – so verstehe ich es – vor allem die Würdigung der Inspiration, die seit einiger Zeit von verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgeht. Dort wird nach zwei Jahrzehnten sozial vernichtender Rezepte der internationalen Besitzerklasse endlich den Rechten der Massen wieder Geltung gegeben und darüber hinaus an einer Perspektive gearbeitet.

Aber wie sieht das in Europa aus? Von hier aus rollt weiter dieses imperiale Bündnis, das sich ermächtigt, jedes Land der Erde, das sich seiner Zurichtung für die aktuelle Neuverteilung der Profite widersetzt, aus dem Himmel herab zu züchtigen und seine ganze gesellschaftliche Daseinsform in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Die propagandistische Vorarbeit leisten dabei Regierungen und große professionelle PR-Agenturen, die Ideologien verbreiten, mit denen alles verherrlicht wird, was den Menschen darauf reduziert, benutzt zu werden.

Trotzdem gilt hier ebenso: „Das geht anders“. Wo sollte sonst die Kraft zu kämpfen herkommen? Die spezielle Sache dürfte sein, dass die in Europa ökonomisch gerade abstürzenden großen Gesellschaftsbereiche den chauvinistischen „Rettern“ entrissen werden. Sonst wird es nicht möglich sein, die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.

Es muss immer wieder betont werden: Schließlich ist die Welt geschichtlich reif dafür, dass die zukünftigen Neugeborenen in ein Leben treten können, das die volle Förderung aller ihrer menschlichen Potentiale bereithalten kann und die Gespenster der Entfremdung von des Menschen gesellschaftlicher Bestimmung vertrieben sind. Erstveröffentlichung in „junge Welt“, 15. 1. 2007

Auf ein Wort bitte

KARLA BIRKMANN

Stv. Betriebsratsvorsitzende
BMW Werk Leipzig

Die Entschlossenheit der Bundesregierung, die „Rente mit 67“ umzusetzen, wirft nicht nur für unsere Mitarbeiter, sondern auch für die Unternehmensleitung des BMW Werkes Leipzig Schwierigkeiten auf.

Sowohl die BMW Mitarbeiter als auch die Beschäftigten unserer Zulieferer protestierten am 26. Januar 2007 auf unserem Werksgelände gegen diese Rentenpolitik. Da unser Unternehmen von den Auswirkungen stark betroffen sein wird, hätte die Unternehmensleitung mit uns in der ersten Reihe stehen müssen!

Mit fortschreitenden Arbeitsjahren steigt durch die Dauerbelastung das Risiko eines körperlichen Schadens. Selbst die präventiven Maßnahmen im Unternehmen, dies zu verhindern, werden eine Kostensteigerung nach sich ziehen. Außerdem wird das Unternehmen nicht um die Schaffung von leistungsgewandelten Arbeitsplätzen herumkommen.

Auch der praktizierte Generationenvertrag zwischen älteren ausscheiden-



Gegen soziale Verantwortungslosigkeit

den Mitarbeitern und jungen Azubis, die die Übernahme anstreben, würde möglicherweise so wie bisher nicht mehr funktionieren. Das heißt, wenn die Beschäftigten nicht mehr über Altersteilzeit vorzeitig ausscheiden können, wird die Übernahme von Azubis über Jahre nicht gelingen.

Das Ziel des Betriebsrates, die Auszubildendenzahl über die betrieblichen Erfordernisse hinaus zu erhöhen, würde durch die Maßnahmen der Regierung scheitern. Es würden noch weniger notwendige Ausbildungsplätze geschaffen.

Diese Auswirkungen, wie für unser Unternehmen geschildert, wird es

höchstwahrscheinlich ebenso in anderen Unternehmen geben. Aber junge Leute brauchen eine Chance!

Die Ursache für eine kranke Rentenkasse ist Massenarbeitslosigkeit und soziale Verantwortungslosigkeit!

Doch die derzeitige Politik verhindert eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt und provoziert eine unerträgliche Rentenkürzung bei Arbeitslosigkeit!

Weitsichtig wird die Arbeitnehmervertretung gemeinsam mit dem Vorstand der BMW AG über Maßnahmen verhandeln müssen, die diese erschreckenden Auswirkungen mindern könnten.

Rente mit 67

DGB lud zur „öffentlichen Anhörung“ nach Berlin



LN. Während am 26. Februar im Bundestag bei einer Expertenanhörung im Sozialausschuss markige Sprüche zur Befürwortung der Rente losgelassen wurden („Dabei bleibt es!“ ... „ein notwendiger Schritt“) veranstalteten draußen hunderte Gewerkschafter eine „öffentliche Anhörung“. DGB-Vorsitzender Michael Sommer sagte auf der Kundgebung: „Normale Menschen, die keine Assistenten haben, die für sie arbeiten, sind mit 65 fertig.“ Zudem wird, so betonte er, die Rente mit 67 die soziale Schieflage noch verstärken, weil viele ohnehin gezwungen seien, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen, was zu hohen Rentenabschlägen führe.



Nein zur Rente mit 67!

Fotos: Eiltzer

Oscar – wofür, warum?

Zu wenig Untertassen im Schrank

Die Spitzenmeldung in den Morgen- nachrichten vom 26. Februar 2007: „Das deutsche Stasi-Drama *Das Leben der Anderen* erhielt den Oscar.“ Wer hat sich diesen Oscar gewünscht? Wie kam er zustande? Was erhoffen manche von ihm? Spiegel-Leser wissen mehr. Sie erleben förmlich mit, wie das Film-Drama wochenlang in den USA mit Hilfe von Sony Classics und bekannter Künstler in die Medien gehievt wurde. Sie lesen: Von Donnersmarck, der Schöpfer des Films, und Darsteller wie Ulrich Mühe tourten durch die USA.

1,7 Millionen Zuschauer sahen den Film bereits. Wegen der Schauspielerleistungen? Wegen der künstlerischen Gesamtaussage, die manche erfanden? Wegen der umstrittenen Moral des Filmdramas? Saulus wandelt sich zum Paulus? Oder weil der Zeitgeist bedient wurde: Dreiste Hetze gegen die DDR? Von Donnersmarck erlebte in den USA manche Überraschung. Lars-Olav Beier, der Spiegel Autor, schreibt: „Bei einer Vorführung steht ein Zuschauer auf und sagt: ‚Der Überwachungsstaat, den Sie in Ihrem Film beschreiben, mag für Sie Vergangenheit sein, bei uns ist er Gegenwart.‘ Donnersmarck reagiert vernünftig, relativiert die Vergleiche zwischen DDR-Staat und Bush-Amerika und erzählt, wie seine aus Magdeburg stammende Mutter an der innerdeutschen Grenze erniedrigenden Leibesvisitationen unterzogen wurde. Bei der Kontrolle vor dem Flug nach Boston muss er dann aber selbst zweimal durch den Metalldetektor. Er hasst es, seine Schuhe auszuziehen. Nun muss er es. In ihrer herablassenden Art erinnern die Sicherheitsleute für Sekundenbruchteile an die Uniformträger in seinem Film.“

... Im Eilschritt geht er ins Fernsehstudio, nimmt Platz und erklärt dann in wenigen Sätzen, was die Stasi war. Um einen Regimegegner an seinem Verstand zu verzweifeln zu lassen, hätte die Stasi heimlich mehrere Untertassen entwendet, erzählt er. Was das bedeutet, weiß jede amerikanische Hausfrau.“ Die Staatssicherheit stahl Untertassen! Wenn das die Amerikaner nicht höllisch findet ...

Warum die organisierte Show? Der Spiegel-Autor antwortet: „... der Gewinn eines Oscars lässt sich an der Kinokasse in viele Millionen Dollar ummünzen.“ Es geht also nicht um Kunst oder Moral, sondern „um viele Millionen Dollar“. Das Thema Staatssicherheit hat einen erstaunlichen Marktwert, nicht nur in der Politik.

• HORST SCHNEIDER

Balkenkreuz über Afghanistan – wofür?

Obwohl die Zustimmung im Berliner Reichstag noch aussteht, laufen seit Wochen die Vorbereitungen für den 2. militärischen Kampfeinsatz der bundesdeutschen Luftwaffe über den Himmel von Afghanistan. Trotz eines Maulkorbs des Verteidigungsministers Franz Josef Jung wurden die vorbereitenden Aktivitäten der Bundeswehr bekannt. Auch Särge wurden schon zum Einsatzort geliefert.

Ausgewählt für die bundesdeutsche NATO-Hilfe Afghanistan ist das Geschwader „Immelmann“. In den Jahren 1995 bis 2001 flog es Kampfeinsätze gegen die Republik Jugoslawien – mit manchem „Kollateralschaden“. Nun sollen sie von Mazar-i-Sharif aus den „Feind“, die Taliban, ausmachen. Und der steht, wieder gelitten, derzeit überall im Land. Zu enttäuscht ist die Bevölkerung von der vom Westen unterstützten Kabuler Zentralregierung unter Hamid Karzai, der übrigens neben einem afghanischen auch einen US-Pass besitzt. Der sogenannte „Wiederaufbau“ des von Kriegen zerstörten Landes ist zu einer Fassade verkommen. Bereits wenige Kilometer von Kabul entfernt beginnt eine andere Welt. Die von westlichen Aufbauhelfern gepredigten Prinzipien einer modernen Gesellschaft sind nicht mehr zu erkennen.

Was sollen da Fotoflugzeuge der Bundeswehr in Afghanistan? • WALL

LESER MEINEN

Und die Geheimdienste der BRD?

Diese ganzen IM-Vorwürfe gegen Volker Külüow, vor allem gegen die damals doch sehr jungen Leute, sind fast immer geheuchelt. Jede menschliche Handlung und Entscheidung für oder gegen etwas, hängt immer von der jeweiligen Situation und den allgemeinen Gegebenheiten zu einem bestimmten Zeitpunkt usw. ab.

Manchmal scheint es durch: Die V-Leute westdeutscher und heutiger Geheimdienste weltweit sind doch ebenfalls nichts anderes als auch IM. Ich habe nichts gegen die wissenschaftliche Aufarbeitung eines der

Geheimdienste. Kennt man einen, kennt man ziemlich alle. Zimmerlich war und ist keiner von ihnen. Die Fokussierung nur auf die Stasi ist mehr als problematisch. Und: Wer arbeitet die Geheimdienste und ihre Machenschaften der alten BRD auf? Z.B. des Verfassungsschutzes, der doch die Berufsverbots-Kandidaten aufspürte und vor die Gerichte und Dienststellen brachte. Gab es da keine Opfer? Wer spürt analog der Kundschafter auf, die von der anderen Seite hier tätig waren? Wer geht dem Anteil Herrschender Westdeutschlands

und ihrer Verbündeten an den Misere der DDR nach? Was z. B. bewirkte die separate Währungsreform 1948, die Hallstein-Doktrin, Cocom-Listen, u.v.a.m.?

Ich wische keine Betroffenheit hierzulande beiseite. Vor allem deshalb nicht, weil ich meine, Sozialisten oder Kommunisten hätten sich an vielen Dingen unter keinen Umständen beteiligen bzw. bestimmte Befehle geben sollen (obwohl die Gesetze sehr ähnlich denen im Westen waren ... und wohl noch sind).

S. HAUSTEIN, LEIPZIG

Ein soziales Netzwerk macht mobil

Neue Protestformen sind gefragt – Hungerstreik steht bevor

● **LN:** Die Montagsdemonstrationen zählten teilweise bis zu 250 000 Teilnehmer, betriebliche Streiks u. a. bei Opel Bochum und AEG oder die Protestaktionen der Studierenden gegen Studiengebühren neben vielfältigen anderen regionalen und lokalen Aktionen machten Schlagzeilen. Auf politisch-parlamentarischer Ebene entstanden WASG und das Projekt Linkspartei. Gleichzeitig wird die Schraube bei Hartz IV angezogen, ging die unsägliche „Gesundheitsreform“ über die Bühne, droht die Rente mit 67 ... alles umsonst?

Es könnte so erscheinen. Die sozialen Proteste auf den Straßen und in den Betrieben haben aber die Regierungszeit von Schröder beendet. Die große Koalition ist mit einem neoliberalen Regierungsprogramm angetreten, kann aber nicht so „durchregieren“, wie sie es versprochen hatte. Als Erfolg zählt auch, was nicht durchgesetzt werden konnte. Die druckempfindlichen Stellen müssen wir wahrnehmen und daraus lernen. Vielleicht wäre 2004 und 2005 mehr möglich gewesen. Die Voraussetzung wäre aber eine „gesellschaftliche Linke“ aus einem produktiven Spannungsverhältnis zwischen drei Akteuren gewesen: erstens der Selbstorganisation von sozialen Bewegungsansätzen, zweitens aus gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen und drittens gesellschaftspolitischen Alternativen innerhalb des Systems der repräsentativen Parteiendemokratie.

Es gibt jetzt eine neue Erwerbslosenbewegung, der klar ist: Hartz IV soll mit Repressionsandrohung einen ausgeweiteten Niedriglohnssektor durchsetzen und gleichzeitig als Erpressung gegen alle abhängig Beschäftigten funktionieren, um Lohn zu drücken und Arbeitszeiten auszuweiten. Ein-Euro-Jobs sind die Gewöhnung an eine „Arbeitszwangspolitik“ ohne irgendwelche arbeitsrechtlichen Grundlagen. Wenn es nach den Markt-Radikalen geht, dann sollte es in der Bundesrepublik nur noch staatliche Transferleistungen geben, wenn ein unbezahlter Arbeitszwang akzeptiert wird. 2004 gab es „strategische Allianzen“ für eine gesellschaftliche Linke noch nicht. Die bundesweiten Demonstrationen des letzten Jahres, Bolkestein im Februar, die Sozialprotestdemo „Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns!“ am 3. Juni und der Großaktionstag am 21. Oktober, waren gerade deshalb wichtig, weil dort so eine kritische Zusammenarbeit entstehen konnte, die eine Entwicklung von unten und keine Verordnung von oben war.

● **LN:** Das heißt, die hauptsächlichen programmatischen Forderungen stimmen überein?

Im Herbst 2005 trat unser Netzwerk mit den drei Forderungen *Arbeitszeitverkürzung, gesetzlicher Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen* an. Die Idee war, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Erwerbslose und Erwerbstätige, zusammen zu führen.

In den Gewerkschaften und Teilen der Linkspartei wird die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Anlehnung an das britische Modell als das zentrale Strategieprojekt angesehen, das in der Gesellschaft mehrheitsfähig wäre und damit



LN im Gespräch mit Edgar Schu (37) einer der bekanntesten Koordinatoren vom Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP). Keinen neuen Organisationsegoismus will es, dafür eine wirkungsvolle Vernetzung verschiedener Akteure für dezentrale wie zentrale Aktionen und Proteste gegen den rapiden Sozialabbau in diesem Land.

Foto: Eiltzer

ein zukünftiges Wahlkampfthema ist. Die kommenden Kampagnen, teilweise gemeinsam mit Bündnispartnern, teilweise eher als Kampagnen der Sozialproteste, sollen dazu dienen, als Sofort-Forderungen einer Alg II-Regelsatzerhöhung und dem gesetzlichen Mindestlohn zum Durchbruch zu verhelfen.

Unsere Forderungen sind 10 Euro gesetzlicher Mindestlohn und 500 Euro Alg II-Regelsatz. Wir halten aber jede Regelsatzerhöhung und auch einen Einstieg z.B. mit 7,50 oder 8 Euro als Mindestlohn für einen Fortschritt, nach welchem die nächsten Schritte leichter durchzusetzen sein werden.

Regelsatzerhöhung und ein Stoppen der Hartz-IV-Repression ist dringend notwendig: Heute ist es eher die Ausnahme und nicht die Regel, dass ein oder eine Alg II-Empfängerin tatsächlich 345 Euro ausgezahlt bekommt. Entweder werden irgendwelche Einkommen oder Vermögen mit angerechnet oder es wurden finanzielle Sanktionen ausgesprochen, gegen die sich die Menschen in den Sozialgerichten wehren müssen. Abzüglich der Fixkosten bleiben den Leuten real zwischen 200 und 250 Euro im Monat zum finanziellen „Überleben“.

● **LN:** In einem der Papiere ihres Netzwerkes las ich vom Vorwurf der Samtpfötigkeit des DGB anstelle von Kampfbereitschaft ...

Der DGB und keine seiner Ebenen sind ein homogener Block. Mit der Parole des vergangenen Oktober „Das geht besser – aber nicht von allein!“ haben auch nicht alle Gewerkschaftsgliederungen gut leben können. Wir kommentierten, das habe etwas Hustensaftartiges für einen Schwerverkranken. Kämpferisches klingt anders. Unser Netzwerk hat sich daher mit dafür eingesetzt, dass die sozialen Bewegungen mit einem anderen Motto antraten: „Das geht nur ganz anders!“ und fügten: Für 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn, 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und 500 Euro Alg II-Regelsatz: Erwerbslose und

auch Einkommensarme müssen „Das geht besser“ als eine Zumutung empfinden.

Unsere Forderungen brachten wir gemeinsam mit attac und dem Bündnis 3. Juni auf die Straße.

Weiterhin:

- Die Hartz-Gesetze gehören abgeschafft, weil sie bürgerliche Freiheitsrechte für ganze Bevölkerungsgruppen einschränken und über Repressionen auf erwerbslose Menschen direkte und strukturelle Gewalt ausüben;

- Soziale und demokratische Grundrechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben.

● **LN:** Sie nennen als eine Ihrer Forderungen ein „bedingungsloses Grundeinkommen“. Da aber schrillen auch bei vielen Linken Alarmglocken. Man sieht junge Leute faul in Liegestühlen (so eine dafür von jungen Linken werbende Postkarte ...)

Die gesellschaftlich anerkannte „Arbeit“ darf nicht nur auf die klassische „Erwerbsarbeit“ beschränkt werden. Die gesellschaftliche Reproduktion funktioniert deshalb, weil es daneben immer auch Formen gesellschaftlicher Arbeit und Sorgearbeit im eigenen Lebensumfeld gegeben hat. Ein zukünftiges Grundeinkommen soll ein individuelles Recht werden, durch das die wichtigsten Bedürfnisse eines Menschen gesellschaftlich abgesichert sind. Treffend ist in meinen Augen die Bezeichnung „in Freiheit tätig sein“ für diese vielleicht in progressiven Schritten erreichbare Utopie, die das Netzwerk Grundeinkommen nennt. Arbeitszwang für den Erhalt von staatlichen Transferleistungen ist destruktiv. Verschärftes Lohndumping ist die logische Konsequenz aus struktureller Arbeitslosigkeit, wenn der Staat nicht notwendige Transferleistungen ohne Arbeitszwang zur Verfügung stellt. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Gegenprogramm gegen Hartz IV.

Ich würde es jedoch, weil die Zusammenhänge sehr kompliziert und umstritten sind, weil z. B. die Gewerkschaften die

entgeltliche Schleifung des historisch erkämpften beitragsfinanzierten, paritätischen Solidarsystems auf diesem Wege befürchten und aus anderen Gründen, nicht an die erste Position unserer Gegenagenda setzen.

Unsere Sofortforderungen sind die Regelsatzerhöhung und der gesetzliche Mindestlohn, die wir gemeinsam z. B. mit den Gewerkschaften sehr zügig durchsetzen wollen. Ein Fortschritt hier und seine Folgen werden in der gesamten Gesellschaft neue Diskussionen auslösen.

● **LN:** Auch Ihr Bündnis spricht von der Notwendigkeit neuer und kreativer Kampfformen. Wie kann die Idee die Massen ergreifen und zur materiellen Gewalt, also zur außerparlamentarischen Opposition werden?

Es gab eine wichtige Erfahrung in den letzten Jahren: Sozialdemokratische Gewerkschafter haben die Regierung nicht beeindruckt, wenn sich ihre politische Zuspitzung nur auf den Event einer Massendemonstration beschränkt hat. Das Modell der sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft und der Lobbyberatung durch den SPD-Gewerkschaftsrat sind in eine nachhaltige Krise gekommen. Ohne eine offensive Konfliktfähigkeit in den Betrieben und gegenüber dem System der repräsentativen Parteiendemokratie werden die Gewerkschaften sich selber überflüssig machen. Es ist kein Zufall, dass es eine zunehmende Debatte über das Recht auf politische Streiks und einen allgemeinpolitischen Auftrag der Gewerkschaften gibt.

Großdemonstrationen sind manchmal wichtig, überfordern aber solche Netzwerke ohne Apparate, wie das Aktionsbündnis Sozialproteste. Unsere Stärke sind die Verbindung von zeitlich abgestimmten, aber dezentral organisierten Aktionsformen. Wie kann eine lokale Wirkung erzeugt werden, und wie überlassen wir der regierenden Politik und der Bertelsmannstiftung nicht die öffentliche Deutungshoheit über die Antworten zu den sozialen Fragen im bundesweiten Rahmen?

Auch die Sozialproteste müssen lernen, zwei Elemente miteinander zu verbinden: Erstens: Über Beratung, Begleitung und soziale Selbsthilfe einen eigenen „Gebrauchswert“ für die Betroffenen zu entwickeln, damit nationalistischen und rassistischen Antwortgebern kein sozialpolitischer Hoheitsraum überlassen wird.

Zweitens: Dafür sorgen, dass politische Entscheidungsträger immer mit „Regel“-verstößen rechnen müssen. Erst diese Unkalkulierbarkeit durchbricht das herrschende Klima der Einschüchterung. In dem Sinne gehört zur Arbeit des Aktionsbündnisses das „Sattessen im Supermarkt“ und die Unterstützung eines „Hungerstreiks vor dem Müntefering-Ministerium“ ebenso dazu, wie eine breite Öffentlichkeits-Kampagne [Gegen-Armut-2007]. Die Katastrophe besteht doch darin, dass in diesem reichen Land eine menschenunwürdige Ausgrenzung und Verarmung zum Alltag von Millionen geworden ist, die der im Grundgesetz verbrieften unantastbaren Menschenwürde konträr entgegensteht. Es geht wirklich nur noch ganz anders!

• **Das Gespräch führte:**
M. WARTELSTEINER

Die Augen Erich Zeigners

Über einen aktuellen Disput unter Polizeischutz

Vielleicht Zufall, dass das Porträt des ersten Leipziger Oberbürgermeisters, der nach dem Zweiten Weltkrieg Leipzig regierte, an diesem Abend in Richtung Publikum gedreht war. Am ersten Märztag 2007 war das ehemalige Arbeitszimmer Zeigners im Vereinshaus gleichen Namens übertoll. Die unterschiedlichsten Jahrgänge folgten der Einladung „Gesicht zeigen gegen rechts!“ Die Frage: Wie weiter im Kampf gegen Worch und Co?, ließ Emotionen, Argumenten, Ängsten und Befindlichkeiten freien Lauf.

Ich hätte in diesem Augenblick etwas darum gegeben, die Gedanken Erich Zeigners zu kennen, wenn der erfahren hätte, dass anno 2007 in Leipzig so eine Diskussion in seinem ehemaligen Wohnhaus unter Polizeischutz stattfindet. Dass Naziideologie unterschiedlichster Art seit langem Bürger, Bürgerinitiativen und Bürgermeister umtreibt.

Im Podium Ordnungsdezernent

Heiko Rosenthal (Linkspartei), Alf Thum (Satire-Front Deutscher Äpfel) und Edda Möller (Courage-Verein). Trotz Einigkeit im Ziel (mehr Bürgerwiderstand ist nötig), reichten die Vorschläge von „Hundekotwurfmaschinen“ Alf Thums über das „mögliche Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten“, die Heiko Rosenthal versprach, bis zur „Sicherheitspartnerschaft von Bürgern, Stadt und Polizei“, die Edda Möller vorschlug. Die fast einhundertfünfzig minütige Diskussion brachte vieles zur Sprache:

- Wer heute aussieht wie ein Nazi, muss keiner sein. Längst ist der Dresscode auch schon mal ein Nadelstreifen.
- Die Rechtsextremen besetzen alle Alltagsfelder, die die Bürger beschäftigen. Wenn es sein muss, dann demonstrieren sie auch gegen Kinderschänder.

- Eine geforderte Verschärfung des allgemeinen Versammlungsrechts könnte dann eventuell auch die Gewerkschaften treffen.

- Die Spitzen unserer Stadt an die Spitze gegen nazistisches Gedankengut.

- Die Vorfälle am Kino Cineding (LN berichtete) bezeugen eine neue, gefährliche Art und Weise rechtsextremer Vernetzung.

Es zeigte sich an diesem Abend auch deutlich, dass es den



Von links: Alf Thum, Moderator Marco Götz, Heiko Rosenthal und (verdeckt) Edda Möller

Foto: Eiltzer

Teilnehmern nicht um „Worch und Co.“ allein ging. Vielen Leipzigern – so schwer das im Moment auch scheint – muss noch klarer werden, es handelt sich bei dieser Problematik vor allem um politische und nicht allein polizeimäßige Dimensionen. Dass Teile der Presse dies mit einer skandalisierten „Chaoten-Berichterstattung“ jedoch unterlaufen, wurde von vielen Diskussionsenteilnehmern unterstrichen.

Rechtsradikale vermuten derzeit ein Wählerspektrum von zehn Prozent in Leipzig. Und sie benehmen sich dementsprechend, nicht nur in Leipzig-Plagwitz. Die Bürger, die ihnen in den Straßen entgegentreten, brauchen unser aller Respekt und Unterstützung. „Verfahrensfehler und Fehleinschätzungen der Verwaltung, wie beim Marsch der Rechtsextremen vor einigen Wochen in Gohlis, wird es so nicht noch einmal geben“, betonte Bürgermeister Heiko Rosenthal.

Einer seiner früheren „Kollegen“ war – wie angedeutet – nur mit einem Porträt im Raum. „Den Faschismus mit der Wurzel ausrotten“, war Erich Zeigners Credo. Das mag manchem heute zu pathetisch klingen. Bitte, dann formuliert es anders ...

• JOACHIM MICHAEL



Keine Gewalt ...

Dieser 89-er Aufruf, der durch Leipzig hallte, ist vergessen. Nicht nur Abgeordnetenbüros der Linkspartei und der SPD sind in den vergangenen Tagen erneut verwüstet worden. Es traf auch die großflächigen Fenster der Fundusräume des Grünauer Theatriers sowie die Eingangstür des Hauses. Mühsam mussten von den Mitarbeitern Requisiten, Kostüme und Dekorationen von Scherben sowie Schmutz befreit und wieder neu geordnet werden.

Inzwischen erstatteten die Theaterleute Anzeige gegen Unbekannt. Seit dem Leer-Wohnen der zum Abriss vorgesehenen Elfgeschosser in der Neuen Leipziger Straße waren dort bereits mehrfach Fenster eingeschlagen, die Theatrum-Werbung zertrümmert sowie Wände mit Graffiti beschmiert worden. Dass trotz der fehlenden Infrastruktur und dem endzeitähnlichen Umfeld das Publikum weiter dem Haus die Treue hält, darauf hoffen nicht nur die engagierten Theatrum-Leute. Es gilt hier und andernorts.

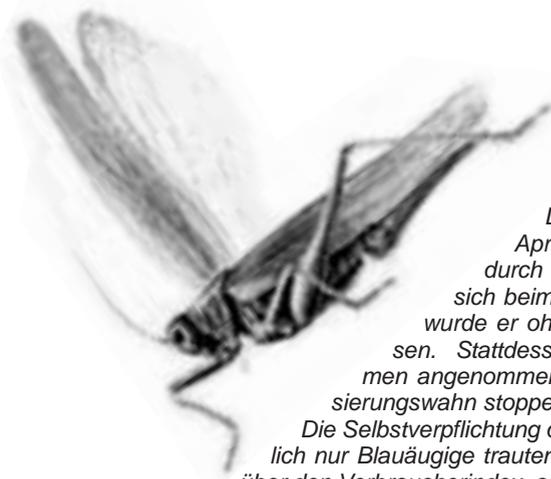
Macht Gebrauch von der Gewalt, die das Wort ausüben kann ...



Euer Lipsius

Nun tut die Heuschrecke, was ihr eigen ist: Sie frisst erbarmungslos.

Fortress steigert Mieten der Dresdner WOBA



Überraschend ist nur der Zeitpunkt, nicht aber die Tatsache selbst.

Die noch auf dem Hallenser Parteitag der Linken im April 2006 von den Dresdner Verkaufsbefürwortern durch einen Antrag gepriesene WOBA-Sozial-Charta, hatte sich beim Studium derselben als faules Ei erwiesen. Deshalb wurde er ohne Fürstimmen bei wenigen Enthaltungen abgewiesen. Stattdessen gab es Zustimmung zu einem ohne Gegenstimmen angenommenen Gegenantrag der Bundes-AG Wohnen: „Privatisierungswahn stoppen, Kommunale Daseinsvorsorge erhalten!“

Die Selbstverpflichtung des Käufers Fortress in der „Sozial-Charta“, der wahrlich nur Blauäugige trauten, lautete, dass die Mieten nur maximal drei Prozent über den Verbraucherindex, also den Dresdner Wohnungsmietdurchschnitt, steigen dürfen. Nicht nur der Deutsche Mieterbund, sondern auch Wohnungspolitik der Linkspartei warnten, dass die Mieten, wie andernorts in Köln geschehen, im Stadtzentrum und in begehrten Wohnlagen alsbald stärker angehoben werden können und damit sozial schwächere Haushalte aus der Innenstadt gedrängt werden. Dies ist für Dresden deshalb so relevant, da die Dresdner Altstadt im Zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört worden war und deshalb vor allem kommunale und Genossenschaftswohnungen in der Innenstadt neu gebaut worden sind.

Nun ist also eingetreten, was jeder klug Denkende voraussagte: Die Heuschrecke Fortress beginnt die Mietschraube anzudrehen. Für die ersten 3400 Wohnungen steigen die Mieten zum 1. April um 15 Prozent. Die sozial schwächeren Haushalte werden nunmehr sehr schnell in randstädtische Großwohnsiedlungen abgedrängt. Damit wird die in Ostdeutschland vielfach noch vorhandene Durchmischung der Bevölkerung ein weiteres Mal aufgehoben. Dass es bei Fortress nur um Geld ging, zeichnete sich bereits mit dem Börsengang Ende vergangenen Jahres ab. Oder hat irgendwer wirklich ernsthaft geglaubt, eine Heuschrecke vereinnahme diesen großen Wohnungsbestand, um Sozialpolitik zu betreiben oder um aus selbstloser Liebe den Dresdner Haushalt zu sanieren?

• SIEGFRIED SCHLEGEL



Für Entwarnung gibt es keinen Grund

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Leipzig im Jahresvergleich ist erfreulich, zu einem großen Teil jedoch dem ausgefallenen Winter geschuldet. Leipzig hält in der Arbeitsmarktstatistik stabil seinen hinteren Platz in Sachsen und die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt zu. Ihr Anteil beträgt bereits 45 Prozent.

Und da entdecken große Tageszeitungen dieser Stadt ein „Wirtschaftswunder“.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt im Agenturbezirk 69 585, das sind knapp 10 000 weniger, als vor einem Jahr. Ein neuer Sachstand auf dem Ausbildungsmarkt wird im März erfolgen. Die Stadt belegt da mit 17,7 Prozent den achten Platz von zehn Agenturen.

Angesichts der Tatsache, dass mit der Zahl der Langzeitarbeitslosen auch die Armutsquote steigt, braucht Leipzig dringend Alternativen. Eine vernünftige Maßnahme ist die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung, fordert in diesem Zusammenhang Wolfgang Denecke von der Linkspartei. Dabei geht es nicht um einen Einstieg in weitere Niedriglohnbereiche, sondern um Arbeitsplätze auf der Basis eines Mindestlohnes von acht Euro pro Stunde.

Bei der ARGE Leipzig wurde informiert, dass die Zahl der Betreuten zum Vorjahr von 34 830 auf 33 108 zurückgegangen ist. Weiterhin bleibt die Zahl der nichtarbeitslosen Empfänger von ALG II sehr hoch. Es sind derzeit 30 546. Es war übrigens die letzte Pressekonzferenz, die Direktor Dr. Lothar Meyer leitete. Er wird aus gesundheitlichen Gründen die Arbeitsagentur künftig nicht mehr leiten. Für künftige Projektaufträge bleibt er ein geschätzter Gesprächspartner.

• SPITZNER

„IM ZUGE DES STADTUMBAUS der letzten Jahre konnte eine deutliche Stabilisierung der Stadtteilentwicklung in Grünau erreicht werden. Der Wohnungsleerstand ist gesunken, der Einwohnerverlust ... moderat. Die allgemeine Zufriedenheit der Bewohner hat ... ihren Höchststand seit den 1980er Jahren erreicht. Mit dem Rückgang der drängendsten wohnungswirtschaftlichen Probleme nimmt gleichzeitig der Konsens der verschiedenen Akteure zur Stadtteilentwicklung ab. Die Einzelinteressen verschiedener Eigentümer, der kreditgebenden Banken, der Versorgungswirtschaft, aber auch verschiedener Bewohnerinitiativen wenden sich zunehmend in unterschiedliche Richtungen. Gleichzeitig drängen internationale Finanzinvestoren auf den Wohnungsmarkt. Die Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand, die Stadtteilentwicklung ausgewogen zu gestalten, sind sehr begrenzt.“

Stadt Leipzig / Dezernat
Stadtentwicklung und Bau: *Entwicklungsstrategie Grünau 2020*
(Entwurf, 26. 1. 2007)

Hätte am 2. März im Komm-Haus nur der zitierte Anfang des Planpapiers zur Debatte gestanden, wäre kaum Grund zur Erregung gewesen. Die Lagebeschreibung stimmt, zieht man etwas Selbstlob ab. Doch die meisten Teilnehmer eines der Foren zum „Stadtumbau“ kannten die Stoßrichtung des Gesamtkonzepts und die bisher geführte Diskussion. Wer noch nicht im Bilde war, dem schenkte Sebastian Pfeiffer von der *Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH* klaren Wein ein. Sein Unternehmen soll,

wie er sagte, „den Umbau begleiten und für alle vertretbar gestalten“. Später betonte er: Der Mutterkonzern Wüstenrot hegt keine Bauabsichten in Sachsen. Infolge der Vorgaben der Staatsregierung, so Pfeiffer, sei das Verhältnis von Abriss und Aufwertung bisher „nicht ausgewogen“. Dennoch: Schon aus Gründen der Altersstruktur werde Grünau 2020 immer noch rund 10 000 Wohnungen zuviel haben; deshalb sollen 7700 „rückgebaut“ und der Bestand auf ca. 20 000 reduziert werden. Das betrifft vor allem die Wohnkomplexe 7 und 8 – den seenahen „Stadtumbau-

„Was will ich mit Stabilisierungskernen entwickeln, wenn ringsum abgerissen wird?“ Der Bürger vom WK 8 blickt auf die Leinwand und weist auf den Süden seines Wohngebiets: „Das ist doch alles saniert!“

Wo ein Ex-Grünauer einst in der Saturnstraße wohnte, klafft längst eine Lücke. Vor Details stellen sich ihm erst einmal grundsätzliche Fragen. „Die Prognosen, auf die sich der Plan stützt, sind zu linear. Was geschieht, wenn sich bis 2020 herumspricht, dass Grünau dank seiner Lage und Fernheizung einer der gesündesten Stadtteile Leipzigs ist? Und

11-Geschossern war das anders! Und bei klarer Sicht konnte man bis Halle blicken!“ – Eine Bürgerin: „Wunderbare Bausubstanz wurde weggerissen. Wenn ich daran denke, welche Mängel Neubauten oft haben – Kältebrücken, feuchte Wände – und dass viele Altbauten vor dem Zusammenbruch stehen ... Es wäre besser, dort Grün wachsen zu lassen!“

„Who's who“ im WK?

„Wissen wir eigentlich, wer alles in Grünau wohnt?“, fragt ein Stadtmagazin-Leser („Grünau gilt als Schmutzstadtteil und Nazihochburg“). „Die Liste reicht,

Baugenossenschaft wird abgerissen!“ Nur wenige Wohnungen im Viertel Bracke-, Kändler- und Seffnerstraße standen leer ... Da drängt sich einem Herrn die Frage auf: „Hat nicht die Stadt die Wohnungseigentümer erpresst, ihren Bestand dort zu reduzieren?“ Sebastian Pfeiffer weist darauf hin, dass die Staatsregierung das Vorhaben der Wogetra – terassenförmiger Umbau – „negativ beschieden“ hat.

„Grünau war stabil! Man hat die Instabilität herbeigeführt. Herr Leuze, sagen Sie uns Ihre Meinung!“ Der angesprochene Fraktionsvorsitzende der Grünen im

Interessenkonflikt Grünau

„Konsens der Akteure nimmt ab“ / Ohrfeigen für Freistaat und Stadtplaner

gürtel“ –, während ein „Kernbereich“ mit der Achse Stuttgarter Allee/Alte Salzstraße aufgewertet werden soll. Die Bewohner „nicht konsolidierungswürdiger“ Gebiete tröstet der Dezernatsplan mit der Skizze nebelhafter „Stabilisierungskerne“.

Freiland für Häusle

Was Pfeiffer nicht hervorhob, sagt die „Entwicklungsstrategie 2020“: „Ziel ist, die Reduzierung des Wohnungsbestandes mit einem nachhaltigen Rückbau der weiteren Infrastruktur zu verbinden ...“ Frei werdende Flächen seien auf „die Eignung für eine Neubebauung mit Einfamilienhäusern zu prüfen“. Kostbarer Baugrund dünn besiedelt – wer denkt da nicht an 1-Personen-Fahrt im Pkw! Und, siehe oben, an drängende Finanzinvestoren.

Nach Pfeiffers Einführung hieß es mehr als anderthalb Stunden lang: Einspruch, Euer Ehren!

welche Möglichkeiten ergeben sich bei veränderten politischen Rahmenbedingungen?“

Schlechtgeredet

Zuspruch von allen Seiten: „Seit 1990 wird Grünau systematisch schlechtgeredet: ‚Hinterlassen-schaft des Sozialismus‘, ‚Plattensiedlung‘. Ist ein Überfall in Grünau zu melden, heißt es ‚Überfall vor Plattenbau‘. Passiert etwas in Schönefeld, heißt es dann etwa: ‚Überfall vor Klinkerbau‘?“ – „Statt im Übermaß abzureißen, sollten wir uns fragen, wie wir Wohnungen und Umfeld in Grünau noch attraktiver machen!“ Auf ihre Frage, ob sich die Bürger attraktivere Wohnungen leisten können, erhält Gesprächsleiterin Dr. Marta Doehler-Bezade die Antwort: „Vielleicht 80 Prozent nicht. Die Wohnungen sind aber gut!“ – „Von Spanien bis Moskau stehen solche Häuser ... Die jetzt angebauten Fahrstühle sind übrigens zu schmal. Bei den

denke ich nur an Wissenschaft und Sport, vom Linguisten Prof. Helbig, Ehrendoktor der Universität Uppsala, bis zu Schachgroßmeister Knaak, der jetzt um die Wohnung in der Breisgaustraße bangen muss!“

Ein Imageproblem, das Abrisse hervorrufen, ärgert eine Bürgerin: „Was wird mit den freigeräumten Flächen? Wir brauchen nicht neue Hundewiesen und Treffs für Trinkgemeinschaften. Es kann auch nicht angehen, Keller-geschosse einfach zu zertrümmern und zu vergraben.“ Zur Alten Salzstraße empfiehlt sie, diese Achse für Kinder zu erschließen: „Grünau kann noch anziehender für junge Familien werden!“

Tragödie eines Karrees

Eine junge Frau ist sichtlich den Tränen nahe. Sie weiß nicht, wohin sie ziehen soll. Aus ihrer Wohnung in der Kändlerstraße blickt sie auf die Kirchbergsiedlung. Bis jetzt. „Ein Superkarree der

Stadtparlament erklärt: Wegzug sei zwar nicht zu leugnen; viele Leute hätten andere Wohnvorstellungen verwirklicht. „Doch solange *Abriss* Synonym für Grünau ist, wird sich der Trend nicht ändern.“ Dass er politisch gewollt ist, bestätigt Stadtrat Obser (CDU). Innenminister Buttolino meinte: Erst müsse alles abgerissen werden, damit man weiß, was in Grünau geschehen kann ... Ähnlich wie Wolfram Leuze hält Siegfried Schlegel (Linksfraktion) die „Entwicklungsstrategie Grünau 2020“ für einen Schnellschuss, der unbedingt überarbeitet werden müsse. Uwe Walter vom Komm-Verein schreitet zur Tat: Er übergibt seine Planvorstellungen.

Für den Heimweg empfahl die Gesprächsleiterin ironisch, Verschwörungstheorien nachzugehen. Doch wozu grübeln, wenn genügend Klartext vorliegt? Über Wahlergebnisse?

• GOTTFRIED BRAUN



Bus und Bahn müssen für jeden Leipziger bezahlbar bleiben!

REGES TREIBEN AUF DEM NIKOLAIKIRCHHOF rund um den Stand der Bürgerinitiative: *Leipzig braucht ein Sozialticket*. Weit über dreihundert Leipziger bekundeten mit ihrer Unterschrift in nur zwei Stunden die hohe Aktualität und Konkretheit der Forderung nach der Einführung eines zeitlich unbegrenzten vollwertigen Monatstickets für die Bedürftigen dieser Stadt. Zu würdigen sind auch die vielen Helfer aus den nunmehr weit über 30 Verbänden, Vereinen und Organisationen, die diese Bürgerinitiative mittragen. Das Stützpunktsystem in den einzelnen Stadtteilen wird systematisch ausgebaut, so dass viele Leipziger auch vor Ort in diese demokratische Meinungsbildung einbezogen werden können. Wir werden nunmehr jeden Mittwoch von 14:00 bis 16:00 Uhr auf dem Nikolaikirchhof unübersehbar sein. Vorerst bis zum 1. Mai.

• PETRA WEISSFUS

Frauen und Träume

IM RAHMEN DER AUSSTELLUNG „1000 Frauen für den Friedensnobelpreis“ wird am 14. März um 20.30 die Dokumentation „1000 Frauen und ein Traum“ im Werk II in Leipzig-Connewitz gezeigt. Der Film zeigt, wie aus der Idee einer Schweizer Politikerin ein weltweites Projekt wurde. Vor allem aber werden Geschichten gebildet von nominierten Friedensfrauen: Zum Beispiel von Maggie Barankitse, die in Burundi während der großen Massaker im Bürgerkrieg Tausenden von Kindern das Leben gerettet und eine Zukunft geschaffen hat. Oder von Nasseb Shaikh im indischen Gujarat, die Ehemann und Tochter und viele Verwandte bei Hetzjagden verloren hat und nun über die Dörfer zieht, um zwischen Zerstrittenen zu vermitteln.

Spielen und Lernen

WENN ICH MORGENS FRÜH AUFSTEH ... und in die Ganztags-schule geh. So könnten die Knirpse der Leipziger Coppischule reimen. Viele von ihnen traben schon um halb sieben los, da die Eltern (welch ein Glück!) früh aus dem Haus müssen. Seit diesem Schuljahr sind ab sieben Uhr die Türen für die kleinen Frühaufsteher offen. Gerade die Jüngeren stehen nun nicht mehr gelangweilt draußen vor der Tür, sondern fühlen sich in den bunt bemalten Schulräumen beim Spielen vor dem Lernen sehr wohl. Schule, bevor es klingelt, dieses Angebot wird von vielen dankbar angenommen. Betreut werden die Schüler von zwei Lehrern, die täglich wechseln. Alles findet unaufgeregt statt und ist eine gute Einstimmung auf das Lernen am Vormittag. Und die Eltern gehen (gerade in diesen Tagen) doch viel beruhigter zur Arbeit.

Schreien und Lächeln

AM LETZTEN FEBRUARTAG dieses Jahres mussten die Leipziger Stadträte im Parlamentssaal eine halbe Stunde nachsitzen. Es gab noch eine Rechtsunsicherheit in puncto Abwasserentsorgungssatzung zu klären, die die entsprechende Abteilung auf Bitten des Oberbürgermeisters noch einmal prüfte und monierte. Nicht gerade mit Begeisterung saßen die Stadträte auf ihren Stühlen nach und schauten zum Oberbürgermeister hoch. Aber der lächelte sehr freundlich zurück. Der Grund waren die kurzen Diskussionsbeiträge (außerhalb des Protokolls) in denen ein kleiner Erdenbürger im großen Saal unüberhörbar seine Meinung kundtat. Vielleicht kam er gerade aus der Krippe. Ich verstand ihn so: Kinder an die Macht ...

• MIC

Kennen Sie dass? Sie haben sich viel vorgenommen, gedanklich alles perfekt geplant, sämtliche Szenarien durchgespielt und theoretisch sind Sie mit allem längst durch. Dann wachen Sie auf, liegen auf der Couch – und nix ist fertig. Da ergeht es dem Individuum wie der Staatsgewalt, denn wenn in Dresden was fest steht, ist es die lange Bank. Stets bereit, was draufgeschoben zu bekommen. Beispiel gefällig?

WIE LANGE wird hierzulande über die Folgen steinzeitlicher Bildung diskutiert? Wie oft jetzten wie viele Politikergruppen zum „Schulen gucken“ um die Welt? Wie viele Experten haben sich aus gutem Grund für Gemeinschaftsschulen statt des gegliederten Schubladensystems der sächsischen Schullandschaft ausgesprochen? Die kleine Große Koalition hat darauf galaktisch schnell reagiert und die aus Oederan, Dresden, Cunewalde, Neukirch, Chemnitz, Dahlen, Moritzburg und Zittau eingereichten Anträge zur Einrichtung ebensolcher Schulformen

Wenn es keine langen Bänke gäbe

... müssten sie in Sachsen erfunden werden

zunehmend von der langen Bank genommen, um dafür den Daumen hoch oder runter zu nehmen. Blöd nur, dass die Anmeldefrist fürs kommende Schuljahr bereits läuft und die Eltern ihre Sprösslinge bis zum 16. März an einer weiterführenden

schnitzen.

APROPOS HARTHOLZ. Erinnern Sie sich an die flotte sächsische Imagekampagne pro Erzgebirge? Wo mit „echten Holzköpfen“ geworben wurde? Also, ich meine jetzt mit Nuss-



Dresdner Bäbe*
Hauptstadtbetrachtungen
von G. Hupf

Schule angemeldet haben müssen. Was soll's. Immerhin kann der schönste Freistaat der Welt nach nur einer halben Legislaturperiode auf zwei (!) Gemeinschaftsschulen verweisen. Da darf sich Schulminister Flath mit Recht stolz eine weitere Kerbe in die hartholzeduldige lange Bank am Tisch der Ritter der Schwafelrunde

knackern, nicht mit dem Kultusminister. Dennoch gibt es Ähnlichkeiten. Denn Erzgebirgler sind beide, und an dem Proteststurm ob der gefühlten Verunglimpfung einer ganzen Region kam man seinerzeit ebenso wenig vorbei wie man heute Steffen Flath ausweichen kann. Und das ist gemein, denn es ist Fastenzeit und jedermann und -

frau ist gehalten, mal völlig umfeldunbeeinflusst in sich zu gehen und sich nicht aufzuregen. Aber machen Sie das mal, wenn da einer exhibitionistisch seine DDR-Phobien aufarbeitet und unerschrocken der im Bundesministeramt forsch pro Kinderfreundin mediengerecht in die Parade fährt! Frau von der Leyen wäre besser am Herd geblieben, hätte sie geahnt, welche nachhaltigen Schäden die sozialistische Krippen-Töpfchenbank angerichtet hat. Der ganze Krippenkram ist Teufelszeug und fördert die schon von König Kurt (Biedenkopf) heftig beklagte Erwerbsneigung von Frauen. Und das, wo schon nicht genug Jobs für Männer da sind!

Er erinnere sich mit Grausen der DDR-Rabenmütter, die früh vor Sechse mit übermüdeten Kleinstkindern an dunklen Straßenbahnhaltestellen gestanden hätten, hatte der Ex-Landwirtschaftsminister und heutige

Herr Kultus sinngemäß schon weit vor seinem öffentlich gemachten Krippenhass wissen lassen. Das Ganze muss ihn damals so mitgenommen haben, dass es ihm heute glatt entgeht, wenn Schulkinder früh vor Sechse übermüdet an dunklen Bushaltestellen stehen, weil er die Schule vor deren Haustür dicht gemacht hat. Dass er das jetzt nicht so präsent hat, mag an einer gewissen eingeschränkten Sicht liegen. Womit wir wieder bei Holz, Brettern und langen Bänken wären. Auf Letztgenannte kann man sich übrigens supergut draufstellen und mit etwas Mühe schon bis ins Jahr 2009 gucken! So getan, wirkt selbst der kleine Steffen F. ä bissel größer als Milbradts Georg

* Die Bäbe ist das Prunkstück jeder Kaffeetafel, rund wie der Landtags-Plenarsaal und eignet sich hervorragend zum „Didschen“. Mancher würde das Naschwerk schlicht Napfkuchen rufen – Dresdner nennen es Bäbe – und meinen es auch so...

Anpassung statt schmälichem Rentenalmosen

Konservative Politiker, auch im sächsischen Landtag, bestreiten halsstarrig, dass die Nettoeinkommen der Rentnerhaushalte in Westdeutschland erheblich höher liegen als in den neuen Bundesländern. Die nunmehr vorliegende aktuelle Untersuchung des anerkannten Instituts für Demoskopie Allensbach über die Einkommensverhältnisse der RentnerInnen weist aus, dass die Nettoeinkünfte der Rentner im Osten um ein Fünftel unter denen im Westen liegen. Hinzu kommt noch die wesentlich höhere Quote an privatem Wohneigentum von Westhaushalten. Dies alles ist nicht überraschend und lässt sich auch durch noch so ausgeklügelte statistische Tricks aus CDU-Kreisen nicht leugnen. Hohe Zeit, dass sich Ministerpräsident Milbradt und sein Kabinett zwei wichtigen Betätigungsfeldern zuwendet. Zum einen sollten sie sich dafür einsetzen, dass es nach vier Jahren zum traditionellen Stichtag per 1. Juli 2007 endlich wieder zu einer Rentensteigerung kommt. Durchschnittlich zehn Prozent realer Rentenverlust

von ca. 10 Prozent sind genug. Ein schmäliches Almosen von 0,1 oder 0,2 Prozent ist nicht die Lösung.

Zum anderen muss es endlich zur Angleichung des Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert kommen, weil nach nunmehr 16 Jahren staatlicher Einheit niemandem mehr eine Zweiklassengesellschaft bei Renten vermittelt werden kann. Dass der Unterschied seit vier Jahren bei mehr als 12 Prozent verharrt, ist mit dem Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes schon lange nicht mehr vereinbar. Die Staatsregierung sollte, wenn sie schon auf die seit Jahren gemachten entsprechenden Vorschläge der Linksfraktion nicht eingehen möchte, wenigstens auf den seniorenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rolf Jähnichen, hören, der in einer Rede auf der letzten Plenartagung des Landtages im Januar genau die Forderung erhoben hat, für die die Linksfraktion seit Jahren eintritt.

• DIETMAR PELLMANN

Bon Courage gegen rechte Gewalt

Sie stehen am Anfang des so genannten richtigen Lebens und sind zwischen 16 und 24 Jahre: Junge Bornaer, die den Verein „Bon Courage“ gründeten, um eine Basis zu schaffen, „mit der man die vorherrschende Szene der Gewalt, Intoleranz und des Faschismus im Kreis Leipziger Land offen legt“. So der Vereinsvorsitzende Rico Knorr. Er machte im vorigen Jahr an der Bornaer Pestalozzi-Schule sein Abitur. Jetzt leistet er seinen Zivildienst im Leipziger Süden beim „Eine-Welt-Verein“. Der geplante erste Aktionstag im Mai wird voraussichtlich im Bornaer Stadtkulturhaus stattfinden. Als Thema schlagen die Vereinsmitglieder „Auschwitz“ vor. Ein entsprechender Filmbeitrag und Ausstellungsmaterialien werden derzeit vorbereitet und zusammengetragen. Man möchte mit vielen Leuten ins Gespräch kommen.

Jugendliche ohne Perspektive und Meinung, getrieben von Parolen ohne nachzudenken – das sind nicht nur für den Vereinsvorsitzenden Gründe genug, „endlich etwas zu tun.“ Die jungen Leute lassen sich von Statistiken, laut derer die Gewaltübergriffe rechter Jugendlicher zurückgegangen sind, nicht beruhigen.

Linkspartei-Kreisfraktionschef Holger Luedtke und seine Frau unterstützen dieses ehrgeizige Projekt und bieten ihm im Parteibüro – im wahrsten Sinne des Wortes – einen Tisch zum Diskutieren. Die Mitglieder des Vereins kommen aus dem gesamten Leipziger Land: „Für uns sind die Ideale von Solidarität, Toleranz und Gewaltfreiheit verbindlich.“ • B. E.

19. Februar

Dresden. Das Landgericht verhandelt gegen den Chef des NPD-Verlages Deutsche Stimme mit Sitz in Riesa wegen Volksverhetzung. Der 34-jährige NPD-Funktionär soll die Produktion von Tonträgern mit verfassungsfeindlichen Inhalt in Auftrag gegeben haben. Konkret geht es um den Paragraphen, der vormals „Gotteslästerung“ untersagte.

20. Februar

Leipzig. Nach Angaben des statistischen Landesamtes gewinnt Leipzig entgegen dem sächsischen Trend wieder Einwohner dazu. Ende 2006 zählte die Stadt 506 260 Einwohner, 3609 mehr als 12 Monate zuvor. Auch Markkleeberg und Markranstädt legten zu, während Großpöna, Taucha und Schkeuditz schrumpften.

Leipzig. Der Abriss der Zentral-Mensa der Universität beginnt. An ihrer Stelle entsteht der künftige Innenhof des neuen zentralen Campus.

21. Februar

Dresden. An den sächsischen Universitäten geht die Zahl der Immatrikulatio-

SACHSEN-CHRONIK

(19. Februar bis 5. März)

nen zurück, informiert Ministerin Stange. Im Wintersemester 2006/07 ließen sich 16 215 Studienanfänger registrieren, zum Sommersemester 11 311. Im Studienjahr davor gab es insgesamt 19 043 Neumatrikulationen.

22. Februar

Kamenz. Laut statistischem Landesamt steigt die Zahl der künftigen Lehrer im Vergleich zum Vorjahr. Mit 794 Referendaren bereiten sich fünf Prozent mehr auf die zweite Staatsprüfung vor.

23. Februar

Dresden. Die sächsische Justiz sparte 2006 durch ihr Programm „Schwitzen statt Sitzen“ 13,3 Millionen Euro Haftkosten. Statt 192 353 Hafttage abzusetzen, leisteten zu Geldstrafen verurteilte Straftäter rund 1,15 Millionen Arbeitsstunden.

Dresden. Mit nahezu 15,9 Millionen Übernachtungen übertrafen die Hotels und Pensionen die guten Zahlen vom Jahr zuvor. Ausländische Gäste haben an der über 40prozentigen Bettenauslastung einen Anteil von 17 Prozent.

24. Februar

Chemnitz. Der Landesparteitag der WASG Sachsen spricht sich dafür aus, in die Arbeit der neuen Linkspartei auch kritische Aktivisten aus Gewerkschaften, aus dem Mittelstand und aus sozialen Verbänden einzubinden.

27. Februar

Leipzig. Ein Verdächtiger im 27-Millionen-Euro-Betrugsskandal beim Bau der A 72 und A 4 nimmt sich das Leben.

1. März

Freiberg. Der vorbestrafte ehemalige

NPD-Vorsitzende Günter Deckert darf eine Gaststätte in Gränitz zu einem Wohn- und Begegnungszentrum ausbauen. Das OVG sieht keine Hinweise, dass Deckert eine andere Nutzung als die im Bauantrag angegebene, beabsichtige.

Leipzig. Die Flucht des mutmaßlichen Mörders des neunjährigen Mitja endet nach einer massiven Treibjagd. Uwe K. wirft sich in der Nacht vor eine Straßenbahn und wird schwer verletzt.

2. März

Dresden/Berlin. CDU-Bundestags-Fraktionsvize Vaatz wirft der Linksfraktion eine „verbale Flucht in die Infantilität“ vor. Sie hatte beantragt, die Bundesregierung solle im Streit um die Dresdner Waldschlösschenbrücke eingreifen, denn der Status des Weltkulturerbes sei höher zu bewerten als eine Brücke.

5. März

Dresden. Laut DGB-Chef Lucassen sind 90 900 Sachsen trotz eines Jobs auf Alg II angewiesen – mehr als jeder zweite –, trotz einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit.

... jedenfalls nach CDU-Geschmack



... und damit auch nach seinem: Prof. Dr. Günther Schneider, Mdl.



Bei Hooligan-Angriffen kann man sich demnächst wohl auf einiges mehr gefasst machen. Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat soeben das Verfahren wegen „des Stellens eines menschlichen Hakenkreuzes“ (am 5. Februar 2006 im Bruno-Plache-Stadion Leipzig) eingestellt. Die Begründung ist so abstrus und so skandalös wie in ähnlichen Fällen. Die hiesige Staatsanwaltschaft meinte lapidar, dass „der missbilligende Versuch der Darstellung eines Hakenkreuzes strafrechtlich nicht verfolgbar“ ist. Wenn dem tatsächlich so sein sollte, dann haben wir schlechte Gesetze. Die aber kann man ändern. Die PDS beantragte deshalb im Bundestag (wie nun die Linkspartei im Sächsischen Landtag), eine „antifaschistische Klausel“ ins Grundgesetz (bzw. in die sächsische Verfassung) aufzunehmen. Seit es im September 2005 im Dresdner Landtag eine Anhörung zum PDS-Antrag gab, röhren ihre Gegner und deren Meinungsmacher in den Medien unisono: Experten überwiegend dagegen! Nun, ganz so war es seinerzeit nicht. Polizeigewerkschaftschef Matthias Kubitz beispielsweise sieht eine solche Klausel positiv, seine Gewerkschaft habe diese Gesetzesänderung schon 1994 angestrebt. Schließlich sei der Bevölkerung der massive Polizeischutz bei Nazi-Demonstrationen nicht mehr als rechtsstaatlich zuzumuten. Weil wir in einem Rechtsstaat leben, durfte allerdings auch die NPD-Fraktion ihren Experten ins Feld schicken. Prof. Dr. Bernd Rabehl von der Freien Universität Berlin, der auch schon bei NPD-Treffen zum Thema gesprochen hat, palaverierte, „der Gesetzesentwurf der PDS, antifaschistische Klausel genannt, schießt weit über das Ziel hinaus und trägt den Keim, die gesamte Rechtsordnung Sachsens zu ver-

ändern. Es wäre durchaus denkbar, dass mit dieser ‚Klausel‘ ein Ausnahmegesetz geschaffen werden soll, das die demokratische Verfassung Sachsens aushebeln könnte.“

Für mich ist das genau die Kerbe in die nun der CDU-Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Günther Schneider schlägt, wenn er im Informationsdienst seiner Fraktion (01/07) schreibt (siehe obiges Faksimile):

„Die Einbettung einer antifaschistischen Klausel in die Sächsische Verfassung verdrängt, dass die Bundesrepublik Deutsch-

Noch ist es Zeit, für eine antifaschistische Klausel zu stimmen und den Volksantrag „Courage zeigen. Für ein weltoffenes Sachsen“ zu unterschreiben.

Die Klausel im Artikel 7, Abs.1 der Landesverfassung soll lauten:

„In diesem Rahmen ist es Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes nicht zuzulassen.“

land wie der Freistaat Sachsen ein Staat ist, der gleichermaßen alle extremistischen Positionen ablehnt. Das ist das Entscheidende. Das Grundgesetz wie die Sächsische Verfassung weisen eine antiextremistische Orientierung schlechthin auf. ... In der Sachverständigenanhörung ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass mit der Neuregelung eine Aufwertung jener Position verbunden wäre, die nur in rechtsextremistischen Bestrebungen eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat sähe. Jesse (ein von Schneider mehrfach zitierter Politikwissenschaftler - M. W.) hat dazu ausgeführt: „Dies liefe auf einen massiven Wandel des verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Koordinatensystems hinaus.“

Da jubeln CDU- und halt auch NPD-Herzen. Kein Problem, wenn es gegen den

gemeinsamen Feind, die Kommunisten geht, denn: „Indirekt bedeutet das eine Aufwertung, geradezu eine Rehabilitierung des Antifaschismus des SED-Unrechtsstaates.“

Aber nun schlägt sich der gute Schneider irgendwie die Beine selber weg. Weil die DDR nicht alle NSDAPler gehängt hat und Mitläufern ein Chance gab, meint er: „Tatsächlich ging die SED mit der Entnazifizierung instrumentell um, indem sie diesen Prozess als Vorwand für gesellschaftliche Veränderung in Richtung eines sozialistischen Staates nutzte und ab 1948 auch ihre Partei für ehemalige Nationalsozialisten öffnete. Deutlich wird dies mit den Worten, die der Kandidat des Politbüros der SED Anton Ackermann im Dezember 1948 im Zusammenhang mit der Integration ehemaliger NS-Mitläufer sprach: ‚Das, was ihr vom Faschismus erwartet habt, nämlich eine neue Weltordnung, eine neue soziale Ordnung, den sog. Deutschen Sozialismus, konnte Euch der Faschismus niemals bringen, denn er war ja nichts anderes als die schlimmste großkapitalistische Reaktion. Aber das, was der Faschismus nie verwirklichen konnte, wird nun der wissenschaftliche Sozialismus verwirklichen. Für die SED, meine Damen und Herren, war der Antifaschismus mit anderen Worten ein probates Mittel des Klassenkampfes.“

So etwas Abartiges in einer von Klassen zerrütteten Welt aber auch. Doch der CDU-Professor hat noch ein schlagendes Argument parat: „Der Antrag der PDS ist ... nicht akzeptabel und nicht hinnehmbar: In der Verfassungsgebung hatte die damalige Linke Liste/PDS ihre Zustimmung zur Sächsischen Verfassung verweigert. ... Das Entscheidende ist aber, dass der Abgeordnete Klaus Bartl diese Ablehnung der PDS im Zuge der Verfassungsgebung damals mit folgenden Worten begründet hat: ‚... weil diese Verfassung (Anm.: die Sächsische Verfassung) Geschichtsverfälschung zur Verfassungsdoktrin erhebt, indem bereits in der Präambel eine Gleichsetzung von Faschismus und DDR-Ära vorgenommen wird.‘“

Dem aufrechten Gewissen der damaligen PDS-Abgeordneten sei's gedankt.

Ich weiß nicht, wie weit her es mit Prof. Schneiders Geschichtskennntnissen ist. Müsste für ihn doch der ganze Freistaat Bayern ein Gefahrenherd sein. Der hat dem bundesdeutschen Grundgesetz bis heute nicht zugestimmt. Im Protokoll vom 20. Mai 1949, (es entstand nach einer hitzigen Nacht, weil die Abgeordneten im Grundgesetz einen Angriff auf die Eigenständigkeit Bayerns sahen) heißt es:

O-Ton Horlacher: Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Abgestimmt haben 174 Abgeordnete; davon stimmten 64 mit „Ja“, 101 mit „Nein“ und 9 mit „Ich enthalte mich“. Ich habe demgemäß festzustellen: Das Grundgesetz in der vorliegenden Fassung hat nicht die Zustimmung des Bayerischen Landtags gefunden ...

Dabei stünde nicht nur den Sachsen, sondern auch den Bayern eine ordentliche Verfassung, natürlich mit einer antifaschistischen Klausel, gut. Denn wer in unseren deutschen Freistaaten antifaschistische Zivilcourage zeigt, lebt gefährlich. Zur Erinnerung: Als der Stadtpfarrer von Miltenberg Ulrich Boom während einer NPD-Kundgebung die Kirchenglocken läuten ließ, donnerte ihm die Aschaffener Staatsanwaltschaft 2000 Euro Strafgeld auf. Auch wenn das Verfahren auf öffentlichen und politischen Druck hin eingestellt werden musste, es sagte dem Bürger deutlich: Nazis stehen unter Staatsschutz.

Deshalb stehen in Leipzig regelmäßig Wasserwerfer gegen Demokraten bereit, wenn sie den Hamburger Nazi Worch stoppen wollen – was nicht sein darf, weil Gerichte sein Treiben auf unseren Straßen rechtens finden (müssen).

MAXI WARTELSTEINER

Leser werben Leser Leser werben Leser Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschaft zu vergrößern

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf's Weitersagen und Ihre Leselust.

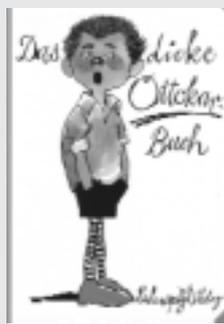
Aber: Wir öffnen eine große Bücherei



und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, **von den Autoren signierte Bücher und CD**, die uns der



Eulenspiegel Verlag zur Verfügung stellte. Dankeschön im Namen unserer werbenden Leser.



Außerdem: Wir setzen auf Begegnung und Individualität.

Wir präsentieren LN-Werbern die uns mindestens zu drei neuen Abonnenten verholpen haben die **Backkünste** unserer Chefredakteurin nebst ihrer Gesellschaft – und zum Nachtisch **Flimmernde Entdeckungen** aus unserem Film- und Fernsehlink.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von allen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen Leipzigs-Neue-Abschein ausfüllen zu dürfen.

Der steht auf Seite 15 und eignet sich auch hervorragend für ein Geschenkabo.

Und:

Nicht vergessen, draufschreiben, wer der Werber war!

Also haben wir schon wieder einmal Aschermittwoch und ich streue Asche auf mein Haupt – denn ich wollte eigentlich gar keine Aschermittwochsrede mehr halten. Die Sache wird mir einfach zu gefährlich. ... Wer damals da war, erinnert sich vielleicht noch, dass ich selbst ernsthaft in Zweifel zog, in die deutsche Politik und in ein deutsches Parlament zu passen. Schließlich hatte ich, so meine damalige Rede, keinen Geheimdienst aus Nazizeit an die Amerikaner und dann an die Bundesrepublik übergeben, so wie Herr Gehlen. Ich war nicht, wie der unselige Staatssekretär Globke, an der Erarbeitung von Rassegesetzen beteiligt, wie ich mir zu erwähnen gestattete. Ich war kein Marinerichter, wie Herr Filbinger, der nach Kriegsende noch Todesurteile ausgesprochen hatte, hielt ich mir vor einem Jahr zugute, und verwies auch auf die Tatsache, in keinem Nazi-Propagandaministerium gearbeitet zu haben, wie ein nachmaliger Bundeskanzler. Ich war auch nicht, so gab ich kund, als Wehrmachtsoffizier an der Blockade von Leningrad beteiligt, und auch mit KZ-Bauplänen hatte ich nichts zu tun, wie bekannte Vormänner der alten Bundesrepublik.

Natürlich verwies ich in diesem Zusammenhang auf die Gnade meiner späten Geburt, die mich vor solchem bewahrte und habe mich deshalb dem Vergleich mit Angehörigen meiner Generation zugewandt. Die Fragen, ob ich Polizisten verprügelt hätte, wie der gute Joschka, einen Generalstreik gegen die Französische Republik organisiert hätte, wie unser lieber Cohn-Bendit, oder Schwarzgeld entgegengenommen hätte, wie die ehrenwerten Männer Kohl und Kanther, diese Fragen musste ich alle verneinen. Freilich gab ich zu, den Vietnamkrieg ungerecht gefunden zu haben, den Putsch in Chile für einen Skandal gehalten zu haben, genau so wie die jahrelange Unterstützung des Massenmörders Pol Pot durch die USA in der UNO.

Die Sache trieb ich noch ein klein wenig so weiter, um dann einzugestehen, dass ich nicht zuletzt letzterer Fakten wegen während meines Studiums im damaligen Westberlin viel protestierte, was mir oft den guten Ratschlag einbrachte, doch „rüber zu gehen“.

Wie wohl alle wissen, folgte ich dem Ratschlag und erwähnte dies auch im Vorjahr. Ich ging „rüber“ und war meiner neuen Heimat gegenüber loyal, deshalb übrigens auch kritisch, was nun ganz offensichtlich wieder nicht recht war, weshalb ich mich im Vorjahr dazu hinreißen ließ, jene, denen eben dies nicht recht war, zu bitten, mich doch am Arsch zu lecken.

Und zu Frau Birthler meinte ich, dass, wenn sie denn ein Gewissen habe und einen klaren Blick auf die Welt, sie tatsächlich viel Nützliches zu tun in der Lage wäre und deshalb ganz andere Akten zu sammeln hätte.

So weit, so gut – oder doch schlecht!? Damit nicht erst in mühseliger Hackerei von den einschlägigen Geheimdiensten solch aufmüpfige Reden von meiner Festplatte kopiert werden mussten, veröffentlichte die Fraktion die Rede im Internet und als Presseinformation, was es dem Bewertungsausschuss und dem Immunitätsausschuss des Sächsischen Landtages nach wohl langen Quälereien plötzlich leicht zu machen schien, sich ein Urteil über meine Person bilden zu können. Dieses Urteil will ich nun zitieren, damit alle Anwesenden wissen, mit wem sie es zu tun haben und gegebenenfalls den Raum noch ver-

lassen können.

Es lautet also der Beschluss der weisen Gremien und Hüter der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung: „Prof. Peter Porsch, MdL, hat indes in jüngster Zeit zu erkennen gegeben, dass die Aufarbeitung der Geschichte der Staatssicherheit durch die Unterlagenbeauftragte im Allgemeinen und das Aufarbeitungsinteresse an seiner Person im Besonderen gemessen an den Maßstäben der deutschen Geschichte und ihrer Personen sowie vor dem Hintergrund aktueller und vergangener Weltpolitik nachrangig und illegitim sei. Mithin erweckt Prof. Dr. Peter Porsch, MdL, den Eindruck, seine Biographie sei – gemessen an den

CIA – und es werden Menschen in Geheimgefängnissen festgehalten. Es werden Mauern und Zäune gebaut und unter Androhung und Anwendung von Gewalt verteidigt – zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Mexiko und den USA und in Deutschland rund um Heiligendamm – der derzeit berühmteste Zaun der Welt, wie der Bürgermeister von Heiligendamm stolz im Fernsehen verkündete.

Was ist dagegen ein vogtländischer Maschendrahtzaun, der doch die Gemüter so erregte. Für PC werden heute Rundfunkgebühren erhoben, die staatlichen

Voyeure an den Überwachungskameras gucken aber gebührenfrei. Ist ja auch

drum! Wir haben jedenfalls etwas gelernt über die geographische Verteilung von Göttern, Schweinen und Rindviechern.

Aber – verdammt – das war es nicht, was ich sagen wollte. Habe ich mich doch wieder verplappert!

Was ich sagen wollte, ist: Der Kalte Krieg ist zu Ende und keiner will einen neuen, das haben uns der russische Präsident Putin und der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates unlängst doch erst in München versichert. Sozusagen ein neues und wirklich gutes – das meine ich ernst – ein neues und wirklich gutes „Münchner Abkommen“. Hoffentlich von Anfang an und für immer gültig. ... „Spione sprechen eine harte Sprache“ versicherte uns Robert Gates in seiner humorvollen Art – der Krieg ist aus, man kann miteinander scherzen. Die Spione sind Präsident und Minister. ... Sie sind also ernst zu nehmen. Es wird keinen Kalten Krieg mehr geben – es sei denn, es gibt wieder einen.

... Den Frieden bringt es noch lange nicht. Da sagten schon die alten 68er Spontis und auch die Friedenskämpfer der Bundesrepublik in den siebziger Jahren: „Der Frieden kann bei uns nicht ausbrechen, weil er viel zu gut gesichert ist.“ ... Und wenn mal Öl billiger ist als der Krieg und die Kriegskasse leer und die Menschen kriegsmüde, unter solch günstigen Umständen tauscht der Präsident mit Nordkorea schon auch mal Öl gegen eine mögliche Bombe. Da können die Lobby-Kommentatoren der Rüstungskonzerne noch so sehr von Kuhhandel und Kapitulation schreien. Eines stimmt aber immer: Außer die Ölkonzerne, die Waffenkonzerne und den amerikanischen Präsidenten geht das niemanden etwas an. Schon gar nicht das Volk. Vielleicht noch ein klein wenig Herrn Putin, aber wenn der schreit, er fühle sich von der Ausdehnung der NATO bis an die Grenzen Russlands bedroht, so schreien die anderen gleich viel lauter, dass dies aber nun wirklich unzulässige Unruhestiftung sei und Konsequenzen haben könnte. Die Waffen- und Ölkonzerne freut das wieder sehr.

Also! Der Präsident befiehlt – und mitgehangen ist eben, wer mitgefangen – auch wir.

Moment? Habe ich von rechten Demokraten gesprochen? Ich meine natürlich die echten, die echten Demokraten, die immer wissen, was politisch korrekt ist, wer wo hin gehört und wer und was gefährlich ist für sie. An sie muss man sich halten, wenn man nicht mehr weiter weiß. ...

Womit wir wieder beim Aschermittwoch wären: „Mensch bedenke, dass Du aus Staub bist“ – das sind wir alle – „und wieder zu Staub wirst“ – der eine eben früher und der andere später, je nach Kassenlage.

Sehr verehrte Anwesende, der Aschermittwoch dauert nicht mehr lange. Sorgen wir dafür, dass auf dieser Erde Fastenzeit und Fettlebe nicht ungleich verteilt sind auf Erdteile, Länder, soziale Gruppen. Wir stehen nicht am Krankenbett des Kapitalismus, sondern dem der menschlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus ist kerngesund und deshalb ist diese Gesellschaft krank. Merken wir uns daher eines: Wenn Konzernbosse, Kriegsgewinnler und deren Politiker noch so sehr unser Bestes wollen, sie sollen es nicht bekommen!

Sachsens Karneval geht weiter

Denn am Aschermittwoch ist noch lange nicht alles vorbei

Prof. PETER PORSCH, scheidender Fraktionsvorsitzender der Linken im Sächsischen Landtag, stieg in Chemnitz ein letztes Mal in die Bütt.

Hier einige Passagen ...

Handlungen anderer Personen der Zeitschichte – ohne Mangel und von geradezu vorbildlicher Integrität. Insbesondere sucht er bewusst den Vergleich zu totalitären Regimen.“

... Das mit den „totalitären Regimen“ muss man mir außerdem noch erklären: Ich hatte die Rolle von zumindest systemnahen Personen aus der Nazizeit in der neuen Bundesrepublik ins Visier genommen bzw. hatte ich das Verhalten von Promis der Bundesrepublik, die mit dem 3. Reich aufgrund ihrer Jugend nichts zu tun haben konnten, in eben dieser Bundesrepublik kritisch betrachtet. Es ging also um die Bundesrepublik. Wenn die durch ein totalitäres Regime gekennzeichnet sein sollte, so haben das die Mehrheiten im Bewertungs- und im Immunitätsausschuss in die Diskussion gebracht. Ein solches Bild von der Bundesrepublik fehlt mir sogar am Aschermittwoch.

Freilich: Die Welt ist voller Geheimdienste, was vor einiger Zeit in der Ost-West-Wochenzeitung Freitag zu der Vermutung führte, dass heutzutage die politischen Richtlinien schon von den Geheimdienstchefs festgelegt werden und nicht mehr von den Kanzlern und Ministerpräsidenten. Wollen wir nicht so weit gehen! Aber Vorsicht ist dennoch geboten. Es wird entführt, gefoltert, im Stich gelassen, Rede verboten erteilt, videoüberwacht, abgehört, ausgehorcht und gehackert was das Zeug hält. Es wird geheim geflogen über Europa – allein über tausend Flüge der



nicht gerecht!

Natürlich entschuldigt das alles keine andere Gewalttat, keine andere Gemeinheit, ob groß oder klein. Das nicht – und Opfer können allemal als Ankläger fungieren, aber wer taugt noch zum Richter, wer hat noch das Recht zu richten in diesem globalen Megaglashaus. Wie soll z.B. der Gerichtshof in Den Haag akzeptiert werden, so lange es noch Guantanamo gibt und Präsident Bushs Erklärung, dass Den Haag für amerikanische Soldaten niemals zuständig sein werde?

Die Jäger aber, deren wir genug haben, entsinnen sich, werden sie unversehens zu Gejagten, ganz schnell der Sinnlosigkeit einer solchen Jagd und sie entsinnen sich noch schneller der Rechte von Gejagten auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung. Eine Stasi-Aufarbeitung im Bundestag bezüglich der Zeiten vor 1990 hat der Bundestag deshalb mit Mehrheit abgelehnt.

Die Rosenholzdatei sei nicht von ausreichender Verlässlichkeit, viele wurden wohl ohne ihr Wissen abgeschöpft und außerdem würde das alles nur Unruhe und Missverständnisse stiften.

Hört! Hört! Wie sagte meine Großmutter? „Alle sind gleich – manche sind gleicher.“ Sie hatte dies aus Orwells „Farm der Tiere“, und dort waren es übrigens die Schweine, die am Ende einer Revolution gleicher waren als die anderen Tiere. Die alten Römer wussten schon: „Quod licet Iovi, non licet Bovi.“ – frei übersetzt: „Was den Göttern erlaubt ist, ist den Rindviechern noch lange nicht erlaubt.“ Sei’s

Verbreitet ist die Meinung, in der DDR hatten wir zwar eine Art Sozialismus, aber keine Demokratie. Daher auch der Name der neuen Partei: *Partei des demokratischen Sozialismus*. In der BRD gab und gibt es zwar keinen Sozialismus, dafür aber gebe es Demokratie. Wirklich? Wichtige Parteien in der BRD haben in ihren Namen immerhin das Wort „demokratisch“.

Was aber ist Demokratie?

Oskar Lafontaine schrieb in seinem Beitrag: „Was ist Demokratie?“. *Eine Definition, die auf Aristoteles zurückgeht, besagt: Demokratie und andere Regierungsformen unterscheiden sich im Grunde genommen nur in der Frage, wie Reichtum und Armut verteilt sind.*“

Eine heute übliche Definition zum Wesen der Demokratie findet sich in *Gablers Wirtschaftslexikon*: „Demokratie, Staatsform, bei der alle Staatsgewalt von der Gesamtheit des Volkes ausgeht. 1. Der durch Abstimmung ermittelte Mehrheitswille – gilt als Entscheidung der Gesamtheit. Es ist nicht unbedingt allgemeine Zustimmung zu jeder einzelnen Entscheidung erforderlich. 2. Gesetzgebendes und regierungsbildendes Organ: des Volkswillens in der repräsentativen Demokratie ist die Volksvertretung (Parlament). Die demokratische Willensbildung bei den Wahlen zur Volksvertretung wird wesentlich durch die politischen Parteien beeinflusst.“

Differenzierter ist das Stichwort im Volksfremdwörterbuch von Wilhelm Liebknecht in der 1. Auflage von 1874 erklärt: „Demokratie (von den beiden griechischen Wörtern *demos* = Volk, *gratein* = herrschen), Volksherrschaft, Staatsform, in der die Herrschaft durch vom Volk gewählte Vertreter ausgeübt wird; vielfach missbrauchter Begriff zur Tarnung der Herrschaft der Bourgeoisie, des Monopolkapitalismus, reaktionärer Kreise und anderen arbeiterfeindlichen Gruppen über die Mehrheit des Volkes; reale Demokratie, tatsächliche Volksherrschaft, erfordert die Mitbestimmung und die Kontrolle des Volkes auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens; formale Demokratie, eine Staatsform, in der zwar eine demokratische Verfassung besteht und das Parlament gewählt wird, jedoch die Vormachtstellung der Großgrundbesitzer und Monopolkapitalisten unangestastet bleibt, die sich dadurch die politische Macht im Staate sichern; demokratisch, als demokratische Regierung bezeichnet man eine solche Regierung, die vom Volke gewählt wird und in ihrer Tätigkeit das Interesse des gesamten Volkes oder der überwiegenden Mehrheit des Volkes vertritt.“

Allerdings bleibt auch hier noch offen, was „das Interesse des gesamten Volkes“

Nachdenken über Demokratie

ist. Das Volk sind Millionen Menschen verschiedenen Alters, in verschiedenen Orten wohnend, ganz verschiedene Tätigkeiten ausübend, mit verschiedenen materiellen und kulturellen Bedürfnissen. Das „Volk“ ist ein Begriff in hoher Abstraktion, ebenso das „Interesse dieses Volkes“.

Daher ist es wichtig, die verschiedenen Ebenen der Demokratie zu betrachten, auf denen politisch relevante Entscheidungen getroffen werden: auf der Ebene eines ganzen Staates, auf der Ebene eines Bundeslandes, einer territorialen Einheit, wie einer Region und Gemeinden, einer Einrichtung der Bildung, Kultur und des Gesundheitswesens und der Ebene der Familie. Man spricht dann von „demokratischer Mitbestimmung“ innerhalb dieser ganz verschiedenen Einheiten und meint, dass alle Bürger, die innerhalb dieser Einheiten mitwirken oder ihre Leistungen nutzen, mitentscheiden können. Beginnen wir in der **kleinsten Zelle der Gemeinschaft, der Familie**. In Anbetracht des Ideals von der Gleichberechtigung der Frau und des Mitbestimmungsrechts der Kinder in der Familie war diese Form der Demokratie in der DDR relativ hoch entwickelt. Frauen konnten sich bilden, weitgehend nach ihren Fähigkeiten und Wünschen. Das umfangreiche Netz von Einrichtungen der Kinderbetreuung unterstützte sie dabei. Nach Abschluss ihrer Ausbildung fanden Frauen ebenso wie Männer Arbeit, die ihren Wünschen und ihrer Ausbildung entsprachen, soweit am Wohnort passende Arbeitsplätze vorhanden waren.

Da in der BRD das Ideal der Frau als Mutter und Hausfrau seit jeher gepflegt wird – siehe nur die aktuelle Diskussion um Kinderkrippenplätze – ist zu konstatieren: Die Demokratie auf der Ebene der Familie ist unterentwickelt.

Noch schlimmer ist es trotz Gewerkschaften und Betriebsräten um die demokratischen Rechte der Werk tätigen, um die **Mitsprache in Betrieben und Institutionen** bestellt. Nur ein Beispiel: Was heute eine große Rolle im Leben von Millionen Lohnabhängigen spielt, aber kaum unter dem Namen einer verletzten Demokratie verbucht wird, ist der ausgehöhlte Schutz vor Kündigungen. In der DDR waren Entlassungen äußerst kompliziert. Das war zwar mitunter auch unrentabel oder unökonomisch, aber eben sozialpolitisch begründet.

Die demokratisch gewählten Regierungen geben sich machtlos und verkünden es höchstens als Erfolg, wenn die Zahl der Arbeitslosen von über 4 Millionen Menschen auf unter 4 Millionen sinkt. Damit ist aber immer noch fast jeder 10. potentielle Arbeitnehmer in der gegenwärtigen BRD im Jahr 2006 arbeitslos gewesen.

Eine weitere Demokratieebene sind der Wohnort und die Wohnregion. Unzählige Beispiele belegen, wie wenig demokratische Mitsprache in wirklich entscheidenden Fragen es da gibt. Unzählige auch die Beispiele, wie DDR-Bürgern vertraute wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, Postfilialen, Schulen, Krankenhäuser, Ämter genommen wurden – weil sie sich nicht rechnen. Ignorierte Bürgerinteressen, verminderte Lebensqualität – das ist dramatisch verletzte Demokratie. Versuche, dieser bürgerfeindlichen Politik zum Beispiel mit Volksbegehren gegenzusteuern, werden entweder mit viel zu hohen Beteiligungshürden oder auf andere Weise zunichte gemacht. Allein die Initiative „Zukunft braucht Schule“ könnte ganze Bücher darüber füllen. Solche Fehlentwicklungen mögen es sein, weshalb man den Begriff der Demokratie heute häufig auf **die Ebene der Wahlen in den Kommunen, Ländern und im Bund** reduziert. Doch wie wenig gerade Wahlversprechen wert sind, wie wenig sie in dieser Demokratie einklagbar sind,

das erleben die Bürger jeden Tag. Gewiss, in der DDR waren Wahlen weitgehend ein formaler Akt. Dennoch, auch die im Block der demokratischen Parteien, in der Nationalen Front, vereinigten Parteien und Organisationen schlugen ihre Kandidaten – wie das heute auch nur üblich ist – nach parteiinternen Diskussionen zur Wahl vor. Diese Kandidaten konnte man dann allerdings nur im Block wählen – oder der Wahl fernbleiben.

Ähnlich einseitig ausgerichtet war die Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen, sogenannte „Fehlerdiskussionen“ beispielsweise waren tabu. Die Gründe dafür sind kaum nachvollziehbar und waren eine der Ursachen für das Aufbegehren der Bürger im Herbst 1989.

Der Westen ging diese Sache von Anfang an klüger, um nicht zuzugestehen raffinierter an. Dennoch, die totale Pressefreiheit, die totale Redefreiheit gewährt auch er nicht. Das nur nebenbei. Denn es ist beileibe nicht alles folgenlos, was Journalisten tun. Warum sonst wird die Klage immer lauter, dass sie, um sich ihren Job zu erhalten, zur Selbstzensur gezwungen sind?

Vor kurzem erschien das Buch „*Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet*“. Darin macht Erich Buchholz ausführlich deutlich, dass sich für die DDR-Bürger seit dem 3. Oktober 1990 die Rechtslage auf fast allen Gebieten ganz erheblich verschlechterte. Sie verloren die für sie selbstverständlichen Rechte auf einen gesicherten Arbeitsplatz, auf eine stabile Mieten, auf stabile Preise für Waren des täglichen Bedarfs. Sie verloren sogar das Recht auf die von ihnen genutzten Grundstücke, Wohnhäuser, Garagen, Datschen. Kurz, sie verloren demokratische Grundbedingungen, die die BRD ihren Bürgern erst gar nicht bieten will.

• EVA MÜLLER

ANZEIGE

Ausschreibung eines Ausbildungsplatzes

DIE LINKE. PDS
Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Linke.PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag bietet zum 01. Oktober 2007 einen Ausbildungsplatz in Dresden als

Diplom-Betriebswirt/-in (BA) für Sport-, Veranstaltungs- und Marketing-Management.

Voraussetzungen:

- Mittlere Reife, wünschenswert Abitur
- Mindestalter: 18 Jahre

Ihr Profil:

- Sie interessieren sich für Politik, neue Medien und die Gestaltung von Projekten.
- Sie sind belastbar und flexibel (Arbeitszeiten mitunter abends, am Wochenende).
- Sie besitzen sehr gute Kenntnisse in Englisch und in einer zweiten FS (Polnisch, Tschechisch oder Sorbisch erwünscht).

Wir bieten Ihnen:

- Praxisrelevante Ausbildungsinhalte in der Veranstaltungsorganisation bei einer kreativen politischen Arbeitsstätte in Sachsen
- Berufspraxis im Schnittpunkt politischer, künstlerischer, medialer und sozialwissenschaftlicher Bereiche
- Eigenverantwortliche Arbeit mit Kommunikations-, Medien- und DV-Technik
- Ausbildungsvergütung nach TVöD/TVL
- Dreijährige theoretische Ausbildung an der „Staatlichen Studienakademie Riesa“

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte **bis spätestens 30. März 2007** an Die Linke.PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden. Weitere Auskünfte erhalten Sie unter 0351-4935831 (Dr. Krause)

Für die 2008 anstehende Bürgerschaftswahl der Hansestadt wollten Hamburgs Sozialdemokraten am 25. Februar ihren Spitzenkandidaten per Urwahl ermitteln. Der bereits für das Bürgermeisteramt gesetzte Dr. Mathias Petersen, ein praktizierender Arzt im Stadtteil Altona, war plötzlich nicht mehr geeignet. Die Mitglieder des Hamburger SPD-Parteivorstands warfen Petersen fehlendes Charisma vor. Wie aus dem Hut gezaubert bot sich die Kunsthistorikerin Dorothee Stapelfeld als Alternative an. Die SPD-Genossin fungierte bereits als Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft, dem Parlament des Stadtstaates.

Die nun also zwei Spitzenkandidaten, die dem jetzigen 1. Bürgermeister Ole von Beust das Fürchten lehren sollten, tourten einige Wochen durch die sieben Hamburger Bezirke und stellten sich den Fragen ihrer Genossen, damit die gut informiert in die Urwahl

Chaos bei der Hamburger SPD

gehen können. Das NDR-Regionalfernsehen hatte Liveschaltungen zur SPD-Zentrale der Stadt vorgesehen, um das Urwahl-Ergebnis unverzüglich öffentlich zu machen. Aber auch nach zwei Schaltungen redete der Reporter vor Ort immer noch um den „heißen Brei“ herum, denn es gab nichts zu verkünden. Schon kurz nach Auszählungsbeginn um 18 Uhr, also lange vor Beginn der 19.30-Uhr-Sendung war dem Vorstand der Hamburger SPD und den beiden Spitzenkandidaten bekannt, dass von den 1459 eingegangenen Briefwahlstimmzetteln nur fünfhundert vorhanden sind. Aber erst gegen 21 Uhr 30 bequeme sich der Vorstand, den wartenden Mitgliedern das Malheur mitzuteilen. Am Tag danach erschien Hamburgs *Morgenpost* auf ihrer Frontpage mit „Wahlbe-

trag bei Hamburgs SPD!“

In der Nacht zum 28. Februar, nach einer acht Stunden Beratung, verkündete Mathias Petersen das Ergebnis. Der Landesvorstand der Hamburger SPD tritt geschlossen zurück. Die im Chaos geendete Urwahl wird nicht wiederholt. Zum 24. März wird der Landesparteitag einberufen, auf dem ein neuer Vorstand gewählt sowie der Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl 2007 aufs Schild gehoben wird. Ermittlungen führt auch Hamburgs Kriminalpolizei ohne Antrag durch. Im ersten Schritt wurden in der SPD-Zentrale alle Räume versiegelt und die Wahlunterlagen amtlich sichergestellt.

Nach einer Insiderinformation lag Mathias Petersen bei der Wahlkür auf dem 1. Platz, selbst wenn die fehlenden Stimmen nicht für ihn gewesen wären.

• KARL-H. WALLOCH

Von der Baumwollspinnerei übers Schauspielhaus bis zum Völkerschlachtdenkmal. Ruhelos, den Heeren gleich, treiben die Zuschauer durch die Stadt. Regisseur Wolfgang Engel nimmt sich die Freiheit, Schillers Text anders zu ordnen. Am Beginn: „Die Piccolomini“ in der Baumwollspinnerei. Kalte Stahlstreben, altes Fabrikgemäuer, abblätternde Farbe, knisterndes Kaminfeuer und die alten Sessel des Opernhauses erzeugen Gemütlichkeit und Provisorium. Wallenstein, noch Feldherr auf Seiten des Kaisers, trifft



Dem Kaiser die Treue halten? Die Frage beantworten sie unterschiedlich: Stefan Schießleder als Wallenstein und Aleksandar Radenkovic als Max Piccolomini („Wallensteins Tod“ - Schauspielhaus).

sich im Rathaus zu Pilsen mit seinen Generälen und Obersten, dazu hat er Frau und Tochter aus Österreich kommen lassen. Es liegt etwas in der Luft: Geheimverhandlungen mit den feindlichen Schweden. Der Kaiser ahnt den nahen Verrat, läßt einen Gesandten ins Wallensteinsche Lager entsenden. Wallensteins Absetzung droht. Zur stärksten Szene gehört der Tumult um die manipulierte Eidesformel, die die Generäle unterschreiben sollen. Aber auch Herzensangelegenheiten werden verhandelt. Die Kraft der Liebe vereinigt Max, Sohn des im Herzen zum Kaiser übergelaufenen Octavio Piccolomini, mit Wallensteins Tochter Thekla.

Danach im Schauspielhaus. „Wallensteins Tod“ auf der großen Bühne. Der Feldherr vertraut den Gestirnen mehr als den Getreuen, erkennt die Verräter in den eigenen Reihen nicht. Er entschwindet der Realität. Max Piccolomini ringt mit seinem Herzen, seinem Verstand. Soll er Wallenstein oder dem Kaiser folgen und damit seiner

Wallenstein

Ein Feldzug durch Leipzig



Liebe in Zeiten des Verrats und des Todes: Katharina Ley als Wallensteins Tochter und Aleksandar Radenkovic als Max Piccolomini („Die Piccolomini“ - Baumwollspinnerei)

Liebe entsagen? Er stellt im Angesicht seiner geliebten Thekla und deren Vater die entscheidende Frage: „Wem brachen wir die Treue?“ Die Liebenden schuldlos im fiesigen Spiel der Macht. Ohne Hoffnung, das ist Schillers traurige Botschaft.

Am Völkerschlachtdenkmal: „Wallensteins Lager“. Es ist 23 Uhr. Seit 16 Uhr erlebt man den Dreißigjährigen Krieg. Schwankt zwischen Wallenstein und Piccolomini, leidet mit Thekla und Max. Wie in seinem „Faust“ setzt Engel nach soviel Tragödie auf ein Satyrspiel. Ernst wird abgelöst durch Lockerheit. Mit Plattenspieler, Schlagzeug, Mikrofon und jungen Stimmen wird der Beweis erbracht, dass Schillers Verse auch als Sprechgesang funktionieren. Schauspielstudenten und Statisten heizen dem frierenden Publikum ein. Dankenswerterweise dachte das Schauspiel auch an Regenmäntel.

Von 1793 bis 1800 arbeitete Schiller am „Wallenstein“. Er zeigt einen Mann, der die Macht der Fürsten begrenzen wollte und sich gleichzeitig um die Beendigung des religiös und machtpolitisch motivierten Krieges bemüht.

te; eine dialektische Verknüpfung von objektiver Tragik und subjektiver Schuld wird offenbart. Wolfgang Engel setzt auf die Kraft der Worte, verzichtet auf Schnörkel und bringt den historischen Stoff verständlich auf die Bühne. Stefan Schießleders Wallenstein ist störrisch, kalt, unnahbar. Zeigt verborgene Gefühle, Familiensinn und Wut. Ein stolzer Vater, ein eitler und zugleich verletzter Feldherr. Man spürt, wie es in ihm brodelt. Und trotzdem zwingt er sich zur Ruhe, lamentiert, zweifelt, verzweifelt. Um später das Heft des Handels wieder zu gewinnen.



Schauspielstudenten und Statisten zeigen am Völkerschlachtdenkmal, wieviel Rhythmus und Musik in Schillers Texten liegen.

Fotos: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Die Überraschung des Abends ist Aleksandar Radenkovic: Sein Max Piccolomini ist voller Leben und Leidenschaft. Die Enttäuschung des Abends: Katharina Ley als Wallensteins Tochter Thekla. Sie achtet auf saubere Aussprache und vergißt dabei das Spielen. Das Unvermögen wird deutlich, wenn die anderen Schauspielere (Jana Bauke als Wallensteins Frau und Heidi Ecks als Gräfin Terzky) die Bühne betreten. Ley unterliegt, kann sich nicht durchsetzen. Octavio Piccolomini wird von Matthias Hummitzsch mit der notwendigen Durchtriebenheit ausgestattet. Aber er verzichtet auf vordergründige Bosheit, legt stattdessen geschickt mit Wärme und Stärke die Angeln aus.

Ein Lob den Verkehrsbetrieben: Der Transport mit Sonderbussen zu den verschiedenen Spielstätten funktioniert reibungslos. Theater macht hungrig: In den Pausen besteht im Schauspielhaus die Möglichkeit, nach „Art eines Feldlagers“ verköstigt zu werden. • D. M.

Oscar als Donnersmarck

Ach, da bin ich richtig neidisch auf die frozzelnde Formulierung des geschätzten Kölner Journalistenkollegen Peter Zudeick. Wie umschrieb der den Namen unseren neuesten deutschen Oscar-Regisseurs Henckel von Donnersmarck jüngst im Kulturradio FIGARO: „Ein Name mit zweimal hartem CK ... so richtig zum Hackenzusammenschlagen.“

Nach dem ersten Oscar überhaupt, das war 1929, für den damals in Amerika lebenden deutschen Schauspieler Emil Jannings folgten Jahrzehnte später Schlöndorffs „Blechtrommel“ und Beyers „Jakob“ und jetzt „Das Leben der anderen.“ Eine Preisverleihung in Amerika für „Kommunistische Überwachung - grau -rabiät - eklig“, so beschrieb es Kulturjournalistin Regina General. Alles passt ins amerikanische Bild.

Und in allen Nachrichtensendungen, kam vor dem Filmtitel: „Stasi-Drama“. Kritiker Norbert Wehrstedt von der LVZ merkt an, dass gerade dieser Film kein „Stasi-Drama“ ist, sondern von „Verändern eines Mannes erzählt, der in ein unbekanntes Universum fällt“. Dieser Film ist somit überall verständlich. Aber offenbar immer noch nicht gut genug für den amerikanischen Markt, denn offenbar wird er nun doch nicht synchronisiert – bisher zeigte man eine untertitelte Fassung – sondern eine amerikanisiertes

Remake wird ins Auge gefasst. Was macht diesen Stoff so erfolgreich? Der leichte Schauder des Millieus? Die Liebesgeschichte? Die brutale Deklamation jetziger offizieller Behörden: So war die DDR! Das vorhandene Stilempfinden des Regisseurs? Die vorhandenen Bezüge eines Hauptdarstellers zu seinem Leben? Es kommt, wie immer in der Kunst, vieles zusammen. Aber – mit Verlaub – es ist nur ein erdachter Film und bleibt nur ein Film. Unangenehm berührte deshalb in den vergangenen Monaten der nun völlig überdrehte deutsch-amerikanische Regisseur, der von sich und seiner Weltsicht so überzeugt ist, dass dem gelernten DDR-Bürger Angst und Bange wird. Nicht immer wird da so wissend parliert, wie in der abendlichen Runde vor Monaten beim Norddeutschen Rundfunk durch den Volksbühnen-Schauspieler Henry Hübchen. Und noch unangenehmer als Donnersmarck berühren wohl auch die vielen Politiker und Behördenchefs als Film-Kritiker, wenn sie, ähnlich wie der Bundespräsident, schwadronieren: „Nach ‚Sonnenallee‘, ‚Helden wie wir‘ und ‚Good bye, Lenin‘ wäre jetzt endlich der erste wahre Film über das Leben in der DDR entstanden.“ D e n wird es mit Verlaub nie geben.

• MICHAEL ZOCK

Lexikon als Oper

Das 125-jährige Riemann-Lexikon wird mit der Riemannoper gefeiert. Wäre nicht bekannt, dass der US-Amerikaner Tom Johnson diese Riemannoper als Endvierziger im Jahr 1988 geschrieben hat, könnte sie für einen musikstudentischen Ulk gehalten werden. Ein gewitzter Student des vor 99 Jahren von Hugo Riemann an der Universität Leipzig gegründeten Instituts für Musikwissenschaft hätte sich für eine Abschlussfete ausdenken können, im Namen des Musikgelehrten die in den USA erdachte Minimal-Music ad absurdum zu führen. Denn dieses Stück kommt nicht bloß mit minimal wenigen Tönen aus, sondern mit noch weniger musikalischen Einfällen zur Verarbeitung dieser wenigen Töne.

Da hämmert der Pianist eine ganze Weile auf einem einzigen, nach einer Weile oktavierten Ton herum, ehe einer der vier Sänger seinen ersten Laut von sich gibt. Die vier skandieren dann im Wechsel oder auch, wenn vom Ensemble die Rede ist, gemeinsam vor allem Texte aus Hugo Riemanns berühmten Musiklexikon, dessen erste Auflage vor 125 Jahren – wie könnte es anders sein – in Leipzig in der Sammlung „Meyers Fachlexika“ erschien.

Was da passiert, hört sich eine ganze Weile zumindest für Kenner der Texte und der erläuterten Fachbegriffe ver-

gnüglich an. Doch als nach knapp vierzig Minuten der Inspizient Pause verkündete, war es eigentlich genug. Was bleibt da einem Regisseur anderes übrig, als nach szenischen Spaß zu suchen. Und das tat der als Altus international berühmte und in jüngerer Zeit auch als Regisseur erfolgreiche Axel Köhler denn ausgiebig.

Er erfand dazu noch eine Rahmenhandlung in Form einer Prüfung der vier Ensemblemitglieder der Oper Leipzig und bezog Riemanns Geist (in Gestalt von Sebastian Gosch) in das Bühnengeschehen ein. Die vier Sänger, Maria Fleischhauer als Primadonna assoluta, Angela Mehling als Primadonna, Don Karlström als Tenor und Roland Schubert als Bariton scheuen sich nicht, bis zu tänzerischer Akrobatik mit allerlei gestischen und pantomimischen Vorführungen aufzuwarten. Dass sie dabei manch exponierte gesangliche Wendung virtuos bewältigen, fällt eigentlich nur bei gelegentlichen Schärpen auf. Für die Bühne und Beleuchtung fand Michael Münster originelle Lösungen. Andrea Seidel entwarf die Kostüme. Viele Besucher der ausverkauften Premiere im Kellertheater amüsierten sich. Die lautesten Lacher gab es, wenn es derb oder albern zuing.

• WERNER WOLF

Nach Ernst Schumacher (vgl. LN, 12/06) hat mit dem Leipziger Literaturwissenschaftler Klaus Schuhmann ein weiterer Brecht-Spezialist der ersten Stunde seine Ergebnisse erneuter Beschäftigung mit dem Dichter in Buchform vorgelegt. Der Band, der als seine Adressaten „mehr die Brechtleser als die Brechtspezialisten“ im Blick hat, stellt dessen literarisches Schaffen konsequent in den Kontext der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts.

Beginnend mit den Kriegsgedichten des Augsburger Gymnasiasten führt ein kenntnisreicher und origineller Streifzug durch die Literaturgeschichte bis zu den „Fragen und Antworten der Nachgeborenen“ ein halbes Jahrhundert nach Brechts Tod. Der Autor, dessen 1964 erschienenes *Buch Der Lyriker Bertolt Brecht 1913-1933* zu den ersten Standardwerken der Brecht-Forschung gehörte, kann dabei auf den ganzen Fundus dessen zurückgreifen, was er sich in jahrzehntelanger Tätigkeit als Forscher und Hochschullehrer auf dem Gebiet der deutschen Literatur des letzten Jahrhunderts an Detailwissen und an Einsichten erworben hat. Die einzelnen Kapitel gehen jeweils einer speziellen Konstellation im Verhältnis des literarischen Schaffens von Brecht zu dem gleichzeitigen anderer bedeutender Autoren des 20. Jahrhunderts nach, oder sie beleuchten Rezeptionsprozesse vor allem in der Lyrik nach Brecht. Innerhalb der ersten Gruppe werden gleichermaßen Beziehungen Brechts zu ihm weltanschaulich und politisch nahe- als auch fernstehenden Autoren behandelt. In beiden Fällen ergeben sich durch den Detailreichtum der Darstellung für den Leser interessante neue Einblicke, auch wenn ihm die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten oder Gegensätze bereits geläufig waren.

Das gilt beispielsweise für den Vergleich der Exilgedichte Brechts mit denen von

Johannes R. Becher, bei dem übereinstimmende politische Intention und divergierende poetische Konzeption besonders anschaulich dargestellt werden. Auf der anderen Seite erweist sich die in verschiedenen literaturgeschichtlichen Phasen vorgenommene Konfrontation Brechts mit Gottfried Benn als äußerst fruchtbar für den Blick auf große Linien der Literatur-

Brecht in neuem Kontext

entwicklung im 20. Jahrhundert. Hier stehen sich auf höchstem Niveau ästhetischer Gestaltungskraft zwei Antipoden gegenüber, deren gegensätzliche Weltsicht den Leser herausfordert, selbst Partei zu ergreifen. Neben solchen zentralen Konstellationen beleuchtet der Verfasser aber auch nicht wenige, die für die meisten überraschend sein werden. So der Bezug zwischen Brechts Bemühungen um sein Stück *Mann ist Mann* und der Konzeption von Alfred Döblins berühmten Roman *Berlin Alexanderplatz*.

Oder der Platz von Brechts *Antigone*-Bearbeitung unter verschiedenen anderen Versuchen, das antike Stück für das 20. Jahrhundert neu zu deuten. Selbst zu Werken Hermann Hesses werden Bezüge hergestellt, wobei vor allem die Parallellität zwischen dessen Erzählung *Klingsors letzter Sommer* und Brechts frühen Stück *Baal* überzeugend herausgearbeitet wird.

In den letzten drei Kapiteln seines Buches untersucht Klaus Schuhmann die Auseinandersetzung nachgeborener Lyriker mit Person und Werk von Brecht. Hierbei ist besonders aufschlussreich zu sehen, wie „die Zeitgeschichte den Rezeptionsvorgang maßgeblich mitbestimmt“. Dies gilt sowohl für die verschiedenen Phasen der DDR-

Geschichte nach Brechts Tod, als auch für die Situation in der Bundesrepublik. Peter Huchel, Volker Braun und Heiner Müller sind die Hauptzeugen für die eine historische Konstellation, Erich Fried derjenige für die andere. Bei den einen zeigte sich, wie die Bereitschaft, im Sinne Brechts die „Mühen der Ebenen“ auf sich zu nehmen, angesichts gesellschaftlicher Stagnation

und des „Verfalls sozialistischer Zukunftserwartung“ mehr und mehr verloren gehen musste. Bei dem anderen führte am Ende der 1960er Jahre sein antiimperialistisches Engagement gegen den Vietnam-Krieg zu einem neuen produktiven Bezug auf Brecht, zu einem „Zeitalterdialog im Gedicht“, an dem bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre hinein dann auch noch andere jüngere westdeutsche Lyriker und Liedermacher teilnahmen.

Es ist ein Vorzug des Buches von Klaus Schuhmann, dass es zeigt, wie bis in die Gegenwart „fünfzig Jahre nach Brechts Tod“ hinein das Werk des Dichters immer wieder und immer noch in der deutschen Literatur lebendig ist. Als Herausforderung, als Anregung zum Widerspruch, als Reibfläche und Stichwortgeber für Nachgeborene, die nun allerdings in ganz anderen Zeiten leben, als sie Brecht in seinem großen Exilgedicht erwartet hatte.

• KLAUS PEZOLD

Klaus Schuhmann: „Ich benötige keinen Grabstein“. Brechts literarisches Schaffen im Kontext der Literatur des 20. Jahrhunderts. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2006. 350 S., 15 Euro, Mügl. 10 Euro

Mit 240 bisher weitgehend unveröffentlichten Fotografien aus dem Universitätsarchiv setzt der Sutton Verlag seine vor zwei Jahren erschienene historische Bilddokumentation über die Leipziger Alma Mater (1409–1943) fort. Behandelt werden nunmehr die Jahre 1943 bis 1992, gegliedert in zehn Abschnitte. Sie zeugen vom schweren, aber hoffnungsvollen Neuanfang in den Ruinen einer bei Kriegsende zu über 70 Prozent zerstörten Universität, von den beeindruckenden Universitätsneubauten bis zur 550-Jahr-Feier 1959 – den Abriss des Augusteums und der Paulinerkirche und die dafür komplexe großzügige Neubebauung behandelt ein gesonderter Abschnitt – und von ihrer sozialistischen Geschichtsperiode als Karl-Marx-Universität bis hin zu ihrem Wandel analog der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse in den Jahren 1989–1992. Wer nach dem Krieg diese akademische Bildungsstätte kannte, an ihr studiert, gelehrt und geforscht oder anderweitig gearbeitet hat, wird von der großen Sachkenntnis, mit der die Bildauswahl erfolgte, angenehm berührt sein. Man spürt durchweg das Bestreben der Autoren, das vielfältige Universitätsleben unverfälscht wiederzugeben. Erfreulich der Blick

50 Leipziger Universitätsjahre im Bild



1987: Carl Friedrich von Weizsäcker (l.) erhält aus den Händen des Rektors der sozialistischen Leipziger Karl-Marx-Universität Lothar Rathmann die Urkunde der Ehrenpromotion

auf die verschiedenartigen Arbeitskollektive, auf wissenschaftliche Kolloquien und internationale Konferenzen und dgl. mehr. Bilder aus Hörsälen und Seminaren, aus Wohnheimen, von Leistungsschauen, Zeltlagern und Arbeitseinsätzen oder Demonstrationen dokumentieren den sozialistischen studentischen Alltag. Die im November 1989 einsetzenden Veränderungen an der Universität werden vor allem durch die Wahl des Studentenrates und erster Studentenpro-

teste gegen die Abwicklung von Studienfächern belegt.

Unter den abgebildeten Persönlichkeiten finden sich nicht wenige, die weit über die Grenzen Leipzigs hinaus bekannt waren, so u. a. Ernst Bloch, Max Bürger, Gustav Hertz, Gerhard Harig, Erwin Jacobi, Manfred Kossok, Arthur Lösche, Hans Mayer, Walter Markov, Georg Mayer und Josef Schleifstein. Ausgeklammert wurde der weithin bekannte Theologe Emil Fuchs. Für die zahlreichen Ehrenpromotionen

an der KMU zeugen die der amerikanischen Bürgerrechtlerin Angela Davis (1972) und die Carl Friedrich von Weizsäcker (1987).

Die Beurteilung der den einzelnen Abschnitten vorangestellten Einführungstexte sollten den Lesern überlassen bleiben. Auf zwei Probleme sei jedoch kritisch hingewiesen. Betrachtet man beide Bände mit der jeweiligen ungewöhnlichen Zäsur 1943 als einheitliche Darstellung, so bleibt die Zeit des Faschismus völlig unterbelichtet, sie beschränkt sich auf 20 Zeilen im ersten Band. Es dominiert die Schilderung der „DDR Diktatur“. Zum anderen bleibt die nachwendische Vertreibung marxistischer Wissenschaftler unerwähnt, darunter bei weitem nicht nur Philosophen, Politikwissenschaftler, Ökonomen, Juristen und Historiker, sondern auch Mediziner und Naturwissenschaftler und die Übernahme deren Lehrstühle und universitärer Leitungsfunktionen durch westdeutsche Hochschullehrer. Da ein dritter Band folgen dürfte, wäre die Möglichkeit gegeben, Versäumtes nachzuholen.

• KURT SCHNEIDER

Jens Blecher und Gerald Wiemers: Die Universität Leipzig 1943-1992. Sutton Verlag, Erfurt 2006. 127 Seiten, 17, 90 Euro

Durch die Straßenumbenennungen in den letzten 16 Jahren sowie das Verschwinden zahlreicher Denkmale von Antifaschisten, hauptsächlich von kommunistischen Widerstandskämpfern, wächst die Befürchtung, dass ein erheblicher Teil der Geschichte des Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus für immer verloren geht. Dagegen steht nunmehr ein wichtiges Buch, ein Nachschlagewerk der besonderen Art. Es präsentiert in drei Kapiteln:

1. *Stätten des Gedenkens für einzelne Verfolgte und Widerstandskämpfer*

Antifaschisten vor dem Vergessen bewahrt

2. *Stätten des Gedenkens für Gruppen von Verfolgten und Gegner der NS-Diktatur*

3. *Stätten des Gedenkens für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.*

Beigefügt sind zwei Anhänge: Ein Verzeichnis von nach 1989 beseitigten Gedenkstätten und Ehrenmalen, die Opfern des NS-Regimes und antifaschistischen Widerstandskämpfern gewidmet waren und eines von Leipziger Straßen und Plätzen, die nunmehr nach NS-Opfern und Antifaschisten benannt worden sind.

Die Autoren zeigen das breite politische Spektrum von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Ein Beispiel ist die Gedenktafel für die 1933-1945 ermordeten Leipziger Stadtverordneten, die 1994 in der Oberen Wandelhalle des Neuen Rathauses geweiht wurde. Da damals noch nicht alle Opfer bekannt waren, verweist die Tafel nur allgemein auf sie hin. Da diese nunmehr alle namentlich bekannt sind, bestünde für die Stadt die Möglichkeit, sie jetzt personifiziert zu nennen.

Hervorzuheben ist insbesondere das Gedenken an die jüdische Gemeinde in der Stadt, die während der Nazi-Herrschaft fast völlig ausgerottet wurde. Das betrifft auch die Deportation und Ermordung von Sinti und Roma.

Dieses Buch ruft uns die Tausenden von ausländischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge, die in der Nazi-Rüstungsindustrie eingesetzt wurden, ins Gedächtnis.

• KEITH BARLOW

Stätten des Gedenkens für Verfolgte und Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und für antifaschistische Widerstandskämpfer in und um Leipzig. Herausgegeben vom Bund der Antifaschisten e. V. (BdA), Sitz Leipzig, und vom Stadtverband Leipzig der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Mitglieder im Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e. V. (VVN-BdA). Leipzig 2006. 180 S., 10 Euro

KALENDERBLATT

Georg Maurer

1907–1971

Im rumänischen Siebenbürgen geboren und aufgewachsen, zog es Maurer in den zwanziger Jahren nach Deutschland. Der Sohn eines Lehrers und Musikers studierte bis 1932 in Leipzig und Berlin Kunstgeschichte, Germanistik und Philosophie. Bürgerliche und religiöse Anschauungen finden sich 1936 in seinem ersten noch konventionellen Gedichtband „Ewige Stimmen“. Der spätere Wehrmachtssoldat kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Als feinfühlig Beobachter gesellschaftlicher Wandlungen wandte er sich, nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg im Laufe der späten vierziger Jahre, von einstmaligen bürgerlichen Positionen, mit sensibler Konsequenz den Zielen und Hoffnungen der Arbeiterklasse zu.



Er ging diesen Weg sehr bewusst. Erste Ansätze zeigten sich 1948 in dem Band „Gesänge der Zeit.“ Die Gedichtzyklen „Bewußtsein“ und „Selbstbildnis“ folgten in den 50er Jahren. In jener Zeit entstand auch der originelle „Dreistropfenkalender“, in dem eine neugewonnene Lebensfreude und heiteres Lebensgefühl zum Ausdruck kommen.

LICHT

**Finsternis ist keine Farbe.
Macht das Licht an, Licht!
Daß die Farbe nicht mehr darbe,
denn sie ist der Welt Gesicht.**

**Ja, wir wollen in die blauen
Augen ganz entzückt ihr schauen,
bis wir tief verliebt erkennen,
daß dort unsre Augen brennen**

**und wir selbst die Welt sind und die Macht,
der die Finsternis nicht widersteht,
weil sie – plötzlich in das Licht gedreht –
nur als unsre eigene Verstocktheit lacht.**

Maurer gewann selbst unscheinbaren Gegenständen philosophische Aspekte ab. Mit dem Bezug auf die klassischen Traditionen von Literatur und Dichtung von der Antike bis in die Gegenwart formte er das Profil seiner Poesie. „Sprachliche Meisterschaft und Kraft, Präzision der Bilder, kompositorische Ausgewogenheit und gedankliche Größe“, so bewertete ihn die Literaturwissenschaft.

In den Jahren zwischen 1948 und 1971 wurde Maurer mit zahlreichen Preisen geehrt und gewürdigt. Dazu gehören u.a. der Literaturpreis der Stadt Weimar, der Kunstpreis der Stadt Leipzig und der Nationalpreis der DDR.

Gleichlaufend mit seinem lyrischen Schaffen entstanden formvollendete kleinere Prosaarbeiten, die von Maurers theoretischen Reflexionen über künstlerische Probleme Zeugnis ablegen. Auch als Übersetzer aus dem Rumänischen erwarb er sich Verdienste. Erwähnt sei hier „Das Lächeln Hiroshimas“ von E. Jebeleanu, ein Buch, das 1960 in der DDR verlegt wurde. Dass sich der Lyriker ab 1955 am Literaturinstitut in Leipzig, mit der ihm eigenen Art, dem dichterischen Nachwuchs widmete, darf nicht unerwähnt bleiben. Georg Maurer starb 1971 in Potsdam.

• M. Z.

Anfang 1947 unternahm der Parteivorstand der SED und die Zonenleitungen der KPD einen letzten Versuch, die Einheit der Arbeiterbewegung auch im westlichen Teil Deutschlands herzustellen. Dem sollte die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft SED/KPD dienen, deren Bildung beide Parteien am 14. Februar 1947 beschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft erklärte sodann, dass die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung „nicht auf der Grundlage der alten Politik sowohl der SPD als auch der KPD“ möglich ist. Die dafür neue Grundlage wurde in den Grundsätzen und Zielen der SED gesehen, für deren Propagierung die Arbeitsgemeinschaft tätig wurde.

Dem diente die Teilnahme führender Persönlichkeiten der SED von März bis Juni 1947 an Veranstaltungen in Städten innerhalb der amerikanischen Besatzungszone. Ein Auftreten in der englischen Besatzungszone war nicht möglich, weil nunmehr die dortigen Besatzungsbehörden den SED-Funktionären die Einreise in ihre Besatzungszone verweigerten. In dieser Zone hatte Kurt Schumacher, der entschiedenste Gegner jeglichen Zusammenwirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten, seine Zentrale.

Vom 7. bis 13. März 1947 nahmen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck am KPD-Landesparteitag von Hessen in Offenbach teil und sprachen aus der Sicht der SED über den möglichen Weg zur Einheit der Arbeiterbewegung. So auch auf Großkundgebungen auf dem Frankfurter Römerberg vor rd. 20 000 Menschen, in Stuttgart vor etwa 7000 Teilnehmern sowie auf einer Funktionärskonferenz in München mit über 1000 Mitgliedern der KPD, SPD und der Gewerkschaften. Auf diesen Ver-

Vor 60 Jahren

SED-Politiker propagieren Arbeitereinheit



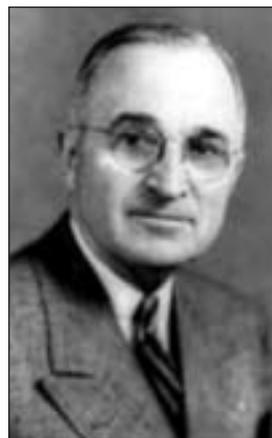
Wilhelm Pieck spricht auf einer Massenkundgebung

anstaltungen sowie auf Pressekonferenzen und vor Vertretern der amerikanischen Militärregierung in München erklärten sie vor allem die Auffassungen der SED zu einem Friedensvertrag mit Deutschland, zur angestrebten demokratischen Einheit Deutschlands und zur Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung. Neben W. Pieck und O. Grotewohl sprachen weitere Vertreter der SED, unter ihnen Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Hermann Schlimme, und Walter Ulbricht auf Kundgebungen in Bremen, Darmstadt, Frankfurt/Main, Hanau, Heidelberg, Kassel, München Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden und Würzburg.

In nicht wenigen Orten bildeten Funk-

tionäre der KPD und SPD Ausschüsse für die Gründung einer Einheitspartei, in deren Einzeichnungslisten sich auch parteilose Arbeiter eintrugen. Doch angesichts des kategorischen Nein der Besatzungsmächte und der strikten Ablehnung durch die westdeutschen sozialdemokratischen Führer blieb all diesen Bemühungen der Erfolg versagt. Die Vorboten des Kalten Krieges, begleitet vom neuen Antikommunismus, taten das übrige. Andererseits erwies es sich als hemmend, die Grundsätze und Ziele der SED als programmatische Grundlage für den angestrebten Einigungsprozess in den westlichen Besatzungszonen zu verkünden.

• K. SCH. / W. ST.



Am 12. März 1947 eröffnete Truman offiziell der Kalten Krieg

Es war Harry S. Truman, der 33. Präsident der USA, der schon kurz nach seiner Wahl Atombomben über Hiroshima und Nagasaki zünden ließ. Mit seiner als Truman-Doktrin bekannt gewordenen Rede vom 12. März 1947 vor beiden Häusern des US-amerikanischen Kongresses eröffnete er eine neue Ära der US-amerikanischen Außenpolitik, den weltweiten Kampf gegen den Kommunismus. Truman kreierte die Zwei-Lager-Theorie, sprach von zwei unterschiedlichen Lebensformen, einer „durch Freiheit und einer durch Totalitarismus charakterisierten“. Es begann die Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber der UdSSR, um, wie

es in der Sprache des damit begonnenen Kalten Krieges hieß, die noch nicht besetzten Teile Europas vor sowjetischem Zugriff zu schützen. „Dank“ großzügiger Militärpräsenz und Wirtschaftshilfe (in der Höhe von 400 Millionen Dollar) wurden Griechenland und die Türkei vor dem Kommunismus „bewahrt“, sowie der Vorstoß der Kommunisten in den Wahlen in Italien und Frankreich gestoppt. Allerdings wurde auch das „heiße“ US-amerikanische Engagement im Koreakrieg mit der Truman-Doktrin begründet.

In seiner Ära begann auch die mit McCarthy verbundene Kommunistenjagd im Inneren. • MX

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt 47)

Bei der großen Umbenennungsaktion im Oktober 1950 beschloss der Stadtrat auch die Umbenennung der Pariser Straße in Virchowstraße. Das stieß bei vielen Bürgern auf Unverständnis und wurde mit dem Kalten Krieg in Zusammenhang gebracht.

Auch heute verstehen die Streichung des Namens der Hauptstadt Frankreichs nur die, die wissen, wie die Straße 1899 zu ihrem Namen kam. Als das Viertel zwischen der Landsberger Straße und der heutigen Virchowstraße erbaut wurde und die Straßen ihre Benennung erhielten, da waren das Namen von Heerführern und Schlachten des Deutsch-Französischen Krie-

ges von 1870/71. Und die größte und östlichste Straße wurde nach der Einschließung von Paris und damit der Niederschlagung der Pariser

liebig und musste nach Würzburg gehen. 1856 kehrte er nach Berlin zurück und wurde Professor am von ihm begründeten Pathologischen

Virchowstraße

Kommune benannt. Das war wohl Grund genug zur Umbenennung. Die Straße erhielt nun den Namen des berühmten Arztes Rudolf Virchow. Dieser wurde am 13. 10. 1821 in Schivelbein (Pommern) geboren.

Er studierte in Berlin und wurde 1846 Professor an der Berliner Charité. Während der Revolution von 1848/49 machte er sich politisch miss-

Institut. Mit der Begründung der Zellulärpathologie wirkte er in der neuen Medizin revolutionierend. Auch auf den Gebieten Gesundheitspflege, Geschwulstlehre, Geschichte der Medizin, Anthropologie, Ethnographie und Archäologie war er hervorragend tätig. So bereiste er mit Schliemann Ägypten, Nubien und den Peleponnes.

Aber auch politisch war er

aktiv. Ab 1859 war er Mitglied des Berliner Stadtverordnetenkollegs, 1862 wurde er in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt und 1880 bis 1893 gehörte er dem Reichstag an. Hier trat er als erbitterter Widersacher Bismarcks auf. Virchow war einer der Gründer der Deutschen Fortschrittspartei. Diese ging aus dem linken Flügel der Altliberalen Partei hervor und ging 1884 in die Deutsche Freisinnige Partei auf, die das Kleinbürgertum und Teile der bürgerlichen Intelligenz vertrat. Rudolf Virchow starb am 5. September 1902 in Berlin.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Erste Frage: Bin ich kompetent, mich zum Thema Jan Ullrich zu äußern? Die Frage ist berechtigt, denn die meisten, die sich in den letzten Tagen in den Medien zu Wort meldeten, schienen mir nicht sonderlich kundig. Also gebe ich zu Protokoll: Ich gehörte zu den „Erfindern“ der „Kleinen Friedensfahrt“ und bei einer dieser die Popularität der Friedensfahrt nutzenden Jugendrennen wurde Jan Ullrich entdeckt. Theoretisch: Ohne „Kleine Friedensfahrt“ hätte es vielleicht nie einen deutschen Tour-de-France-Sieger gegeben. Weiter: Ich gehörte zu jenem Kreis der Friedensfahrt-Directeurs, die – die Kosten ignorierend – entschieden, ein rollendes Anti-Doping-Labor bei der größten Amateur-Etappenfahrt der Welt einzusetzen. Der Nutzen: Die Mediziner kontrollierten die Proben gleich nach ihrem Eingang und lieferten noch vor der abendlichen Siegerehrung ihren Befund. Bis heute ist kein anderes Etappenrennen der Welt diesem Beispiel gefolgt! Wenn Sie wissen wollen, warum, werden Sie von niemandem eine überzeugende Antwort bekommen. Letztlich: Ich war von 1967 bis 1969 Präsident des DDR-Radsportverbandes, kenne also auch von den Tagungen des Internationalen Radsportverbandes die Praxis dieses Verbandes im Umgang mit Doping.

Hier nun meine Meinung zu Jan Ullrich, seinen Auftritten anlässlich seines „Abschieds“ und den Reaktionen der Medien. Aus meiner Sicht bewies bei der europaweiten Medien-Treibjagd einzig die Pariser „L'Equipe“ Durchblick. Sie schrieb: „Die Puerto-Affäre und die Dopingvorwürfe haben ihn besiegt.“ ... Er „hat am Ende eingesehen, dass seine Hoffnung, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen, ein frommer Wunschtraum ist“. Die Franzosen hatten Recht: Ullrich war an diesem Berg der Verdächtigungen chancenlos.

Die Tatsachen: In Madrid war – so wurde verbreitet – eine Dopingpraxis von der Polizei entdeckt worden. Es wurde – so hieß es – viel „belastendes Material“

beschlagnahmt, darunter Beutel, in denen sich Blut befand. Die Beutelaufschriften hätten Ullrich belastet – wurde verlautbart. Zum Beispiel: Auf einem sei zu lesen gewesen: „Rudys Sohn“. Da sein Trainer Rudy Pevenage war, sei das ein Indizien-Beweis. Telekom feuerte Jan Ullrich (offizielle Begründung: Zu seinem Schutz) am Tag vor dem Auftakt zur Tour de France 2006. Seitdem sind acht Monate vergangen und weder ein Kriminalbeamter noch ein Dopingfahnder oder ein Staatsanwalt besuchten Ullrich oder luden ihn vor und konfrontierten ihn mit dem „belastenden Material“. Die Medien aber lieferten Verdächtigungen vom Band. Gesetzt den Fall, Ullrich hätte sich irgendwann dopen lassen – bekanntlich tun das die Athleten selten

auch – war er einer der größten Schulterklopper ... solche Leute sind die ersten, die das sinkende Schiff wieder verlassen ...“

Um die Journalisten an seine erfolgreiche Zeit zu erinnern, hatte er rund um die Pressekonferenz-Bühne einige seiner Siegertrikots aufhängen lassen. Dann ging er zum ARD-Talk mit Beckmann. Der stellte ihm zum Beispiel die Frage, warum er sich am Tag seiner Tour-Disqualifikation nicht einem DNA-Schnelltest unterzogen hatte. Ullrichs Gegenfrage, was der hätte nützen sollen, da er doch von der Tour ausgeschlossen worden und von seinem Rennstall entlassen worden war, beantwortete Beckmann damit, dass er das Thema wechselte. Dann schaltete er einen gewissen

Seppelt zu, der sich gern als der TV-Doping-Experte gibt. Der sagte: „In ganz großem Stil ist in Spanien und anderswo Blutdoping angewendet worden. Es wundert mich sehr, sehr, dass Jan Ullrich den Eindruck erweckt, dass er von diesen Dingen nichts weiß.“

Die konspirativen Gespräche, die Codewörter, das war alles höchst kriminell.“ Diese Passage erinnerte an die Behauptung „Nachts ist es kälter als draußen“, denn es ging nie darum, ob Ullrich etwas von Blutdoping wusste oder nicht. Auch nie darum, wer mit wem konspirative Gespräche führte? Und noch weniger raum, wer Codewörter benutzt hatte? Seppelt sei konsterniert gewesen, als er die Akten las, versicherte er mit Amtmann-Wichtig-Miene. Jan Ullrich hatte niemand mit den Akten bekannt gemacht. Juristen fordern bekanntlich Beweise, Sprüche sind nicht gefragt. Noch einmal: Wird Jan Ullrich morgen des Dopings überführt, dürfte man ihn einen „Dopingsünder“ schimpfen. Vorher indes nicht.

Und: Ullrich stammt aus Rostock. Nicht allzu weit entfernt von Rostock liegt Neubrandenburg und dort lebt Katrin Krabbe. Die hatte 1992 nach ähnlichen Verdächtigungen wie die jetzt gegen Ullrich erhobenen, ihre Karriere als Sprinterin – dreifache Europameisterin, zweifache Olympiasiegerin, Weltsporthlerin des Jahres 1991 – resigniert beendet, aber 1996 einen Schadenersatzprozess gewonnen. Sie kassierte damals 1,2 Millionen DM. Und: Doping“experte“ Seppelt hatte in seiner Anklagerede bei Beckmann auch „DDR-Doping“ ins Spiel gebracht. Andere Medien hatten die Wahl eines der Ullrich-Anwälte moniert: Peter-Michael Diestel. Der – so wurde erinnert – war letzter Innenminister der DDR gewesen. Noch ein Verdacht mehr?

Sportkolumne

Jan-Ullrich-Treibjagd

selbst, sondern überlassen es fast immer versierten Medizinern –, dann hätte irgendein kompetentes Anti-Dopinglabor einen positiven Befund präsentieren müssen. Geschähe das morgen, würde ich der Mitteilung Glauben schenken, sobald der positiven A-Probe eine positive B-Probe nachgereicht würde. So nämlich – erinnere ich mich – sind die Regeln.

Ullrich fuhr bei seinem unfreiwilligen Abschied ein taktisch kluges Rennen. Es begann mit einer Pressekonferenz, auf der keine Fragen gestellt werden konnten. Dadurch blieb seine Erklärung im Mittelpunkt. Einige Passagen daraus: „Der Schweizer Verband erweckt seit acht Monaten den Eindruck, er hätte belastendes Material gegen mich. ... Ich frage mich, wo ist dieses Material, und warum gibt es kein Verfahren, warum wird kein Verfahren eröffnet – seit acht Monaten. ... Mich hat in der ganzen Zeit noch keiner vom Verband angerufen, mich wollte keiner sprechen, ich konnte mich nicht äußern, ich konnte keine Stellungnahme geben. ... Grundlage der Vorverurteilung ist ein Bericht, den die UCI illegal aus Spanien erlangt hat ... Der Bericht ist jetzt zurückgezogen worden von allen Gerichten ... Ein bisschen befremdlich ist ... wie deutsche Sportler, insbesondere ich, behandelt wurden. Ich kam mir wirklich ein bisschen vor, wie ein Schwerverbrecher.“ Ullrich erhob auch Vorwürfe an einen meiner „Nachfolger“, den jetzigen bundesdeutschen Radsportpräsidenten Rudolf Scharping: „In meiner erfolgreichen Zeit – die gab es ja

LEIPZIG LIEST

LN präsentiert zur Buchmesse

im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustraße 15

Leipzigs Neue lädt ein

„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

Am 13. Mai 2006 taucht über der Stadt Potsdam ein zweimotoriges Flugzeug aus dem letzten Weltkrieg auf und löst einen Luftschutzalarm aus. Das Flugzeug war Teil der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“, die nach dreijährigem Bemühen und Dutzenden Verboten zum 61. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft stattfinden konnte. Vorausgegangen waren 16 Jahre Kampf um den Berliner Reichstag, der 2006 von Erfolg gekrönt war.

- Was genau fand in Berlin und Potsdam statt?
- Warum nahmen Weltkriegsveteranen aus der Sowjetunion, Frankreich, den USA und Großbritannien 61 Jahre nach ihrem Sieg über den Hitlerfaschismus an dieser Aktion teil?
- Welche Rollen spielten dabei ein Krokodil, zwei sowjetische Panzer und ein toter deutscher Soldat?

Der Film „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

und der Regisseur der Aktion Thomas Schmitz-Bender sind am **23. März 2007 um 19 Uhr** zu Gast bei Linkspartei.PDS und Leipzigs Neue im Wahlkreisbüro von MdB Barbara Höll in der Gorkistrasse 120.



Donnerstag
22. März 2007
19 Uhr:
Gotthold Schramm und Klaus Eichner:
Angriff und Abwehr



Freitag
23. März 2007
19 Uhr:

Hans-Georg Löffler:
Soldat der NVA von Anfang bis Ende



Sonnabend
24. März 2007
10 Uhr:
Dr. Detlef Joseph:
Hammer, Zirkel, Hakenkreuz



Sonnabend
24. März 2007
19 Uhr:
Eveline und Dieter Schulze:
Über die Deutsche Volkspolizei und die Kampfgruppen

Sonntag
25. März 2007
10.30 Uhr:
Peter Jacobs:
„Wenn ich sterbe, wird es keiner glauben“ – Geschichten über Fidel Castro



Bücher und Autoren der Eulenspiegel-Verlagsgruppe

Zu LN 4'07: Kalenderblatt zu Gerhart Eisler

Ehrendoktor der KMU

Gerade für eine Leipziger Zeitung dürfte es nicht uninteressant sein, dass Gerhart Eisler im November 1948 durch die sächsische Landesregierung zum Professor für politische und soziale Fragen an die Universität Leipzig berufen wurde. „Um die Hindernisse für seine Ausreise in die sowjetische Besatzungszone zu vermindern“, so schreibt Max Seydewitz in seinen Lebenserinnerungen, „berief ich als Ministerpräsident, dem damals noch die Universitäten und Hochschulen im Land Sachen unterstanden, Gerhart Eisler als Professor mit Lehramt an die Universität in Leipzig. Zweifellos erleichterte diese mit Amtstempel und Siegel versehene Berufung Gerhart Eislers Situation in den USA.“ Zu Erinnern wäre auch daran, dass Prof. Eisler am 6. Mai 1963 durch die Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität die Ehrendoktorwürde verliehen wurde.

Die in dem Kalenderblatt erwähnte „Selbstkritik“ ist nicht in der *Täglichen Rundschau*, sondern im SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* unter dem Titel „Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler“ erschienen.

DR. HANS BERGER, BERLIN

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Vom Bundesvorsitzenden der SDAJ, Männe Grüß, Essen, erreichte uns folgende – gekürzt wiedergegebene – Protesterklärung:

Anfang März wird der Bundestag mit den Stimmen der „Ganz Großen Koalition“ die Ausweitung des Kriegs-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan beschließen. Mit der Entsendung von sechs bis acht Tornados zur Aufklärung im Rahmen des NATO-Einsatzes ISAF verwickelt sich die Bundeswehr immer mehr in den schmutzigen Krieg gegen die afghanische Bevölkerung. Der Einsatz in Ost- und Süd-Afghanistan dient einzig und allein dem Ziel der direkten Unterstützung der anglo-amerikanischen Luftwaffe.

Seit der Ausweitung des Einsatzgebietes auf den Süden des Landes befinden sich die ISAF-Truppen der NATO mehr und mehr in einem Guerillakrieg, in dem es um offensive Aufstandsbekehrung geht. Die Grenzen zwischen ISAF- und OEF-Truppen verfließen dabei völlig. Zu Recht sehen somit große Teile der afghanischen Bevölkerung keinen Unterschied zwischen OEF- und ISAF-Truppen - beide werden als das wahrgenommen, was sie sind: Besatzer.

Der „Krieg gegen den Terror“ hat in Afgha-

nistan in erster Linie die Bevölkerung getroffen. Allein 2006 sind 4400 Afghanen bei Kriegshandlungen der Besatzer ums Leben gekommen. 70% der Afghanen leiden unter chronischem Nahrungsmangel, ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Zugang zu Trinkwasser und nur 10% verfügen über elektrischen Strom. Der angekündigte „Wiederaufbau Afghanistans“ ist leeres Geschwätz, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt: Zwischen 2002 und 2006 wurden insgesamt 7,3 Mrd. Dollar Aufbauhilfe zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zeitraum beliefen sich jedoch die Militärausgaben auf 82,5 Mrd. Dollar.

Die elende Lage der Afghanen und der ständige Terror der Besatzer sind es, die den Nährboden für den Widerstand in der Bevölkerung bildet. So steigt auch in den Reihen der ISAF- und OEF-Truppen die Zahl der Todesopfer: allein zwischen Januar und September 2006 158 Soldaten, Tendenz steigend.

Der Krieg in Afghanistan ist eingebunden in eine Gesamtstrategie des US-Imperialismus,

die auf die Kontrolle über die Rohstoffreserven und Pipelines in der gesamten Region ausgerichtet ist. Bei der Eroberung und Absicherung von Rohstoffquellen will jedoch auch der deutsche Imperialismus nicht abseits stehen. Um die „Energieinfrastruktur“ für deutsche Konzerne zu sichern, führt die Bundeswehr Kriege wie in Afghanistan.

Die SDAJ kämpft dagegen, dass Jugendliche für die Interessen deutscher Konzerne, die uns durch massive Ausbildungsplatzvernichtung jegliche Zukunftsperspektive verbauen, auf Schlachtfeldern wie in Afghanistan verrecken sollen.

Wir sehen nicht ein, dass unsere Schulen geschlossen werden und unsere Klassen überfüllt sind, weil die Bundeswehr aufgerüstet wird und allein für den Afghanistan-Einsatz 460 Mio. Euro im Jahr verschlingt.

Wir fordern: Deutsche Soldaten raus aus Afghanistan! Kriegseinsätze der Bundeswehr stoppen –überall!

Informationen im Internet:
www.sdaj-online.de

Abgeschmettert

Der Bundestag hat auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses beraten und beschlossen, das „Petitionsverfahren zur Beseitigung der rentenrechtlichen Begrenzungsregelungen für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AFNS und für noch vom § 6 AAÜG Betroffene“ abzuschließen.

Der von der Fraktion DIE LINKE gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen und den Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis zu geben, wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Vorstand der ISOR e. V. und auch wir

nehmen die Position der Fraktion DIE LINKE in dieser Sache mit Genugtuung zur Kenntnis. In die Unterstützung dieser Petition haben wir uns als IG aktiv eingebracht und über 230 Unterschriften gesammelt.

Wie fast erwartet, gibt es im Deutschen Bundestag keine politischen Mehrheiten zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Die abschlägige Antwort des Petitionsausschusses, die aus seiner vom Bundestag gebilligten Beschlussempfehlung besteht, bringt unmissverständlich zum Ausdruck, dass der Bundestag mit der Arroganz der Macht am mehrfachen Verfassungsbruch bei den Rentenregelungen für MfS-Angehörige festhalten will.

RAIMON BRETE

Mitglied der IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität/Chemnitz

Gebhardt zum 400.

Vor 400 Jahren, am 12. März 1607, wurde Paul Gebhardt geboren, der zweifellos der bedeutendste evangelische Kirchenlieddichter nach Martin Luther war. Viele seiner etwa 120 Kirchenlieder haben einen volksliedhaften Ton, z. B. "Nun ruhen alle Wälder" und "Geh aus, mein Herz, und suche Freud".

Als beliebter Prediger und angesehener Dichter wirkte er für religiöse Toleranz im Zusammenleben von lutherisch reformierten und katholisch geprägten Christen. Die damals vorherrschende theologische Polemik war ihm verhasst. Ihm ging es weniger um den „richtigen“ Glauben als vielmehr darum, eine vom Glauben praktizierte Lebensführung zu betreiben. Am 17. Mai 1676 starb er im Alter von 69 Jahren.

HERMANN GERATHEWOHL, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

AUF DEM WEG ZUM BROCKEN kamen wir durch Remkersleben und wunderten uns, wieviel Menschen ins dortige Bürgerhaus strömten. Wir hörten uns um und erfuhren: Die „Landfrauen“ hatten Täve Schur eingeladen. Gut, der Mann ist populär, aber die Zeit, da er Weltmeister geworden war, ist ein knappes halbes Jahrhundert her. Wer erinnert sich noch daran? Der Tag, an dem er sein letztes Rennen fuhr, ist gut vier Jahrzehnte her. Zugegeben, dann ging er in die Politik, aber Schlagzeilen machte er da nicht. Er saß in der Volkskammer der DDR und wie die heutzutage qualifiziert wird, muss der Wanderer niemandem erzählen. Und dann wurde er auch noch in den Bundestag gewählt. Da saß er aber auch wieder in der Fraktion der „Roten“. Und seinetwegen strömen sie 2007 ins Remkerslebener Bürgerhaus? Es hieß, es sei sogar mancher aus anderen Orten gekommen. Und dann: Der Bürgermeister begrüßte ihn mit herzlichen Worten und er wurde gefeiert. Und erzählte, dass die Einladung nach Remkersleben nur eine von vielen war, die ihn ständig erreichen. An seinem 75. Geburtstag hätten ihn über 100 Anrufer erreicht und an dem Tag hätte er eine Wetterkarte anlegen können, denn alle Anrufer fragte er nach ihren

Entdeckungen, Erinnerungen

Glückwünschen, wie denn bei ihnen derzeit die Wetterlage sei? Es ging auch um das Anliegen des Sports und er meinte, Sportler hätten Vorbilder zu sein. Beeindruckt zogen hinterher alle davon. Es war ein schöner Abend, obwohl – man vermisste kritische Worte zur DDR. Und ohne die sollte derlei doch nicht ablaufen. Meint man bekanntlich höheren Orts.

AN DER STRASSE ZUM BROCKEN steht seit ewigen Zeiten ein Grabkreuz. Es heißt, ein Unteroffizier der Naziarmerie sei dort gefallen und seit 62 Jahren würde seine letzte Ruhestätte gepflegt. Auch der Brockenwirt hätte sich daran beteiligt, erzählt man sich. Aber der soll schon vor einiger Zeit damit aufgehört haben. Sein Motiv – so heißt es: „Ich wollte nicht in Verdacht kommen, rechtsradikal zu sein.“ Das ließ uns stutzen. Wir fragten nach. Ein Mann von den Grünen hätte vorgeschlagen, das Kreuz in eine Gedenkstätte umzuwandeln, damit man dort des Kampfes gegen „Krieg und Tyrannei, für Frieden und Völkerverständigung“ gedenken könne. Er empfahl dies dem Bürgermeister von Schierke, aber der sah keinen Sinn darin. Dafür wurde die NPD mobil. Deren Landesgeschäftsführer warnte – so erzählt man – den Bürgermeister. „National gesinnte

Jugendliche“ würden das nicht „hinnehmen“. Die Aufregung wuchs, als sich herausstellte, dass die

Gebeine des Unteroffiziers schon 1975 auf dem Friedhof in Blankenburg beigesetzt worden waren. Man mobilisierte die Hinterbliebenen. Die mochten wohl keinen Streit und stimmten einer Beseitigung des Kreuzes zu. Nun ist die Nationalparkverwaltung gefragt, denn das faktisch längst leere Grab liegt auf deren Gelände und deren Chef soll nun eine Lösung finden. Wir zogen weiter und hoffen darauf, dass sich die Rechten dort nicht ein neues Refugium schaffen.

AUF DEM MARSCH SÜDWÄRTS kamen wir durch Nordhausen. Nein, nicht was Sie denken. Wir trinken keinen Doppelkorn, aber wir ließen uns erzählen, dass die Stadtverwaltung einen Beschluss gefasst hat, der Respekt verdient: Keine der kommunalen Wohnungen wird verkauft! Dabei wären so um die 160 Millionen Euro in die Stadtkassen geflossen. Man habe die Summe mit Sympathie zur Kenntnis genommen, hieß es, weil sie Aufschluss darüber gibt, wie „reich“ man sei, aber man denke nicht daran, dem Beispiel Dresdens und Erfurts zu folgen und sonne sich stattdessen in der Gewissheit, die reichste Stadt Nordthüringens zu sein. Dies notierten wir, weil wir oft mit dem Gegenteil konfrontiert werden.

UND GLEICH NOCH eine ähnliche Botschaft: Die Prokopf-Verschuldung der Ilmtal-Gemeinde Gösselborn ist gesunken! Jetzt liegt sie bei 870 Euro und nächstes Jahr soll sie auf 650 Euro sinken. Dabei gab es unumgängliche Ausgabenerhöhungen: Ausgerechnet die Summe für Repräsentationen musste von 1000 auf 5000 Euro erhöht werden, weil Singen seine 600-Jahr-Feier finanzieren muss. Und dann ist da noch das Problem, dass für die Kinder, die Kitas außerhalb der Ilmtal-Gemeinden besuchen, einiges zuzuzahlen ist. Wie auch immer: Die Bundesregierung sollte mal jemanden ins Ilmtal schicken, um sich dort aufklären zu lassen, wie man mit dem Geld der Bürger umgeht.

IN EISENACH GAB ES ÄRGER und der wird anhalten. Das Theater wird der Meininger Kulturstiftung angeschlossen und diese „Vereinigung“ hat üble Folgen. Von den 172 Beschäftigten des Theaters werden 80 entlassen. Darunter 20 Musiker. Also verfügt Eisenach künftig nur noch über ein „Kammerorchester“, dem man flugs den Namen „Bachkapelle“ gab, damit es nicht so auffällt. Auch alle zwölf Sänger werden entlassen. Die Folge: Statt der bisher 291 Vorstellungen im Jahr wird es nur noch 188 geben. Kommentierte einer aus unserer Runde angesichts der Proteste in Eisenach zynisch: „Was die nur wollen? Die haben doch die Wartburg und damit genug Kultur!“

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 13. März, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft* Mit dem Autor Dr. Erhard Crome, Berlin. Moderation: Prof. Dr. Wolfgang Geier. ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 14. März, 18 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion: *Insel der Vernunft – gentechnikfreie Region Chemnitz*. Mit Jürgen Marx, Greenpeace.
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Sonnabend, 17. März, 10–14 Uhr, Leipzig

Seminarreihe: *Parteibildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung. III. Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen*. Mit Prof. Dr. Kurt Schneider. Anmeldung erbeten bis 10. März.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 21. März, 18 Uhr, Chemnitz

Veranstaltung zum Antirassismustag „Stolpersteine für Chemnitz“. Projektvorstellungen und Informationen u. a. mit Thiemo Kirmse, RLS Sachsen; in Zusammenarbeit mit VVN-BdA.
Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 21. März, 19 Uhr, Dresden

Diskussion: *Die Linke im Disput über Arbeit und Vollbeschäftigung. Ein Streitgespräch*. Mit Dipl.-Phil Ronald Blaschke und Dr. Harald Werner.

WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 21. März, 19.30 Uhr, Leipzig

Film und Diskussion – Eröffnung einer Veranstaltungsreihe in 7 Teilen: *Fremde Haut* (BRD/Schweiz 2005). Anschließend Diskussion mit Dr. Maria do Mar Castro Varela, Politikwissenschaftlerin, Köln, und Dr. Nikita Dhawan, Philosophin, Ruhr-Universität Bochum, Antidiskriminierungsbüro e. V. mit Unterstützung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u. a.
Galerie für Zeitgenössische Kunst, Neubau, Karl-Tauchnitz-Str. 1

Donnerstag, 22. März, 17.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Bulgarien und Rumänien in der EU*. Mit Dr. Hannes Hofbauer, Wien.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Unser Genosse
Horst Schier
wird am 13. März
70 Jahre

Wir gratulieren herzlichst
und wünschen dir,
lieber Horst,
für die kommenden Jahre
alles erdenklich Gute.

Deine Linke.PDS
Basisgruppe Löbzig II

Zum 85. Geburtstag
gehen unsere Glückwünsche
an den Genossen

Heinz Körnich.

Wir danken unserem
Heinz für seine über 60
Jahre währende politische
Arbeit und wünschen ihm
alles Gute, vor allem
Gesundheit.

Die Linke.PDS
Basisorganisation 114/1

Initiative Christliche Linke

12. 3., 18 Uhr, Gemein-
desaal der Nikolaikirche
Leipzig, Hermann Gerathe-
wohl, Vortrag und Diskussi-
on: *Christen und Atheisten
– gemeinsam ins Hier und
Heute?*

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

22. 3., 16.30 Uhr: *Globali-
sierung welcher Art – das ist
die Frage*. Vortrag: Prof. Dr.
Siegfried Bönisch

Zum 75. Geburtstag
unserer Genossin
Liane Möbius

am 6. März
und

zum 80. Geburtstag
unseres Genossen

Artur Möbius
am 14. März

übermitteln wir herzlichste
Grüße und Glückwünsche,
danken für ihre Arbeit
und Treue zur Partei und
hoffen auf Gesundheit
und Wohlergehen für
noch viele Jahre.

Die Linke.PDS
BO Löbzig III

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im März neu bei uns:

Heinz Florian Oertel: *Gott sei Dank. Schluss mit der Schwatzge-
sellschaft*. Das Neue Berlin, 9,90 Euro

Hans-Dieter Schüzz, Markus Wolf: *Letzte Gespräche*.
Das Neue Berlin, 14,90 Euro

Al Gore: *Eine unbequeme Wahrheit. Die drohende Klimakata-
strophe und was wir dagegen tun können*.
Riemann, 19,95 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens
für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Mit tiefer Erschütterung müssen wir zur Kenntnis nehmen,
dass unser Genosse

Günter Summa,

unser „Roter Postmeister“,

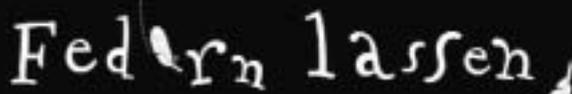
am 21. 2. 2007 im 82. Lebensjahr

nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir danken ihm für seine aktive Arbeit in der Sport-
bewegung der DDR und bis zuletzt in der Partei.

Seiner Familie sprechen wir unsere aufrichtige Anteil-
nahme aus. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand Die Linke.PDS BO Löbzig III



Friedenspolitischer Disput am Montag in der Moritzbestel

am 12. März 2007

19.00 Uhr in der Ratstonne der MB

Permanenter Krieg oder immerwährender Frieden? 2 Themen – 2 Standpunkte – 2 Diskussionsrunden

Prof. Dr. Georg Meggle:

Freundschaft und Kritik

Warum die besonderen Bezie-
hungen zwischen Deutschland
und Israel überdacht werden
müssen.

Prof. Dr. Wolfgang Weiler:

*Monopolare Welt ist unde-
mokratisch und gefährlich!*

„Wo der Frieden auch immer
verletzt wird, der Frieden gerät
überall in Gefahr.“

(F. Roosevelt)

Friedenszentrum Leipzig e. V. - Friedensweg Leipzig e. V. - AG Flughafen „natofrei“

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



Allen Kameradinnen und Mitarbeiterinnen, die
in den letzten Jahren bei uns waren oder noch
kommen wollen, herzliche Grüße und die besten
Wünsche zum 8. März. Geschenkidee für die
Männer: Ein Urlaub in "Heideruh"!

Euer "Heideruh"-Team

Heideruh e.V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.
Tel.: 04181/8728, Fax: 04181/28114, Mail: heideruh@t-online.de

Nicht auf den Tag genau

Jahrestage sind Anlass, Denkwürdiges aus der Geschichte hervorzuholen. An Geschehnisse, die sich nicht auf einen bestimmten Tag datieren lassen, wollen wir in dieser Übersicht erinnern.

☞ Die Einsetzung des Heerführers Publius Quinctilius Varus als Statthalter in Germanien als künftiger Provinz Roms im Jahre 7, vor 2000 Jahren, richtet die Aufmerksamkeit auf ein in zwei Jahren anstehendes großes Jubiläum: den Sieg der Germanen über die Römer im Teutoburger Wald. Wie vieles aus der deutschen Geschichte wurde auch dieses Ereignis häufig missbraucht, um nationalistische Stimmungen zu schüren, worüber bereits Heine spöttelte: „Das ist der Teutoburger Wald, / Den Tacitus beschrieben, / Das ist der klassische Morast, / Wo Varus steckengeblieben. / Hier schlug ihn der Cheruskerfürst, / Der Hermann, der edle Recke; / Die deutsche Nationalität, / Die siegte in diesem Drecke.“

☞ 1507, vor 500 Jahren, schrieb sich Ulrich von Hutten nach Studienaufenthalten in Köln, Erfurt und Frankfurt (Oder) an der Leipziger Universität ein. Der humanistische Publizist und Dichter empfing hier offenbar wesentliche Impulse für seinen Beitrag zu den satirischen antikerikalen und antifeudalen „Dunkelmännerbriefen“, denn für neun der Briefe im II. Teil ist Leipzig als Absendeort ausgewiesen (nach anderen Forschungen stammen 12 der Briefe aus Leipzig).

☞ Ebenfalls 1507 wurde in Leipzig die Peterskirche im spätgotischen Stil errichtet, an die heute noch der Peterskirchhof als Straßename erinnert. Die Kirche wurde 1886 abgerissen, weil Platz für ein Gebäude der Deutschen Reichsbank gebraucht wurde (heute Musikschule). Von dem Abriss und seinem Zweck spricht heute kaum noch jemand. Als Ersatz war eine Kirche gleichen Namens in der Schletterstraße errichtet worden.

☞ Im Jahre 1707, vor 300 Jahren, erhielt Kurfürst Friedrich August I. von Sachsen (der Starke) von England und Holland 800 000 Gulden für den Einsatz sächsischer Truppen gegen Frankreich im dynastischen Spanischen Erbfolgekrieg. Auch Preußen kassierte damals Hilfsgelder für die Bereitstellung von 8000 Soldaten. Der Krieg war damit nicht nur für England der „größte Geschäftskrieg“, den das Land jemals geführt hatte (Historiker Seelay).

☞ Im Jahre 1857, vor 150 Jahren, ereignete sich die erste Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus, die die USA und alle großen Länder Europas, auch das Bank-, Handels- und Industriekapital in Deutschland erfasste. Viele Betriebe gingen Konkurs, Überproduktion, wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit griffen um sich. Marx hat diese Prozesse sowohl im „Kapital“ als auch in einer Reihe aktueller Artikel eingehend analysiert. Er bewertete die Gegenrezepte bürgerlicher Ökonomen als zwecklos und schlussfolgerte: Die Krisen „wohnen dem jetzigen System der Produktion inne“ und „müssen wie der natürliche Wechsel der Jahreszeiten ertragen werden, solange das System existiert“.

☞ Das 70 Jahre zurückliegende 1937 ist geprägt durch den Kurs auf eine deutliche Verschärfung der faschistischen Diktatur und die Kriegsvorbereitung. Er hinterließ auch in Leipzig tiefe Spuren: Oberbürgermeister Goerdeler tritt mit Wirkung vom Jahresanfang zurück, konkreter Anlass ist die Beseitigung des Mendelssohn-Denkmal auf Veranlassung von Nazi-Bürgermeister Haake; Universitätsprofessor Theodor Litt will sich nicht unterwerfen und geht vorzeitig in den Ruhestand; im Museum der Bildenden Künste werden mit der Aktion „Entartete Kunst“ 394 Werke konfisziert; der Thomanerchor wird der Hitlerjugend unterstellt; die Erla-Maschinenwerke beginnen mit dem Bau eines Messerschmitt-Jagdflugzeugs. • G. L.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Bush hat im Irak eine Regime installiert, das Anarchie heißt. Er steht jetzt als Anstifter von Verbrechen gegen die Menschlichkeit da.

DLF 17. 2.

Solche Vorschläge zu machen, wie die von der Ministerin von der Leyen, dazu gehört in dieser Gesellschaft Mut.

DLF 19. 2.

Es ist doch zu greifen in dieser Gesellschaft, wie wir zu Eis, zu Monstern werden.

Klaus Peymann (BE) 3sat 19.2.

Der Bürgermeister eines 98-Einwohner Dorfes in Mittelböhmen: „Die NATO hatte versprochen, die strategischen Waffen nicht in Richtung Osten zu verschieben. Wir brauchen die Amerikaner hier nicht. Wir machen Mitte März eine Volksabstimmung.“

Was ist das NATO-Russland-Abkommen wert, wenn die Stationierungsvorhaben in Polen und Tschechien nicht mit Russland beraten werden.

beides DLF 20. 2.

Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) setzt sich in der

BRD für Dumpinglöhne und kurze Kündigungsfristen ein. In der Baubranche tritt er für Stundenlöhne um vier Euro ein. Offiziell hat er 300 000 Mitglieder – eine Fantasiezahl. In Thüringen hat Ministerpräsident Althaus die Organisation mit aufgebaut.

ARD 22. 2.

Entgegen den allgemeinen DDR-Doktrin hat die Frau des jetzigen sächsischen Ministers Flath ihr Kind nicht in die Krippe gegeben. Das hatte natürlich Nachteile zur Folge.

DLF 23.2.

In der BRD ist es keine Seltenheit, dass sich für eine Musikkstelle hundert und mehr Bewerber melden. Musiker über 35 haben keine Chance mehr, in ein anderes Orchester zu wechseln.

DLF 25. 2.

Außenministerin Rice erklärte: Es gibt keine Pläne für einen Einmarsch im Iran. Ja – die Amerikaner haben für einen Einmarsch noch nie einen Plan gehabt.

Kabarett ZDF 27. 2.

• Entdeckt von
MANFRED ERBE

Ergonomische Bürostühle mit ERGO - TOP

JETZT Probesitzen: 0371 - 401 95 57

Auch preiswerte Sitz-Steh-Arbeitsplätze

Frau sieht Mann

... das soll eine so närrische Eigenheit der Männer sein, dass sie dann kalt sind, wenn man sie zu sehr liebt.

(Bettina von Arnim)

Die Frauen machen sich nur deshalb schön, weil das Auge des Mannes besser entwickelt ist als sein Verstand.

(Doris Day)

Ich glaube nicht, dass Männer von Natur aus aggressiv sind. Was sie aggressiv werden lässt ist Macht, zuviel Macht. Die korrumpiert, nicht das Geschlecht.

(Alice Schwarzer)

Alle Männer sind ichbezogene Kinder.

(Christa Wolf)

Es ist nach meiner Erfahrung viel leichter mit vielen Männern umzugehen als mit vielen Frauen.

(Gisela Israel -Sportärztin)



Schreiben, Lesen, Denken ...

Gewöhnung zur Selbstständigkeit im Denken bereitet bewusstes, kraftvolles Tun vor.

Clara Zetkin

Mann sieht Frau

Frauen besitzen die Fähigkeit, Gedanken am Minenspiel der Gesichter abzulesen. (Honore de Balzac)

In der bürgerlichen Welt rangiert die Frau an zweiter Stelle.

(August Bebel)

Wenn man über Frauen schreibt, muss man seine Feder in den Regenbogen tauchen und den Staub von Schmetterlingen auf das Papier streuen.

(Denis Diderot)

Welch unverwüsthliche Kraft steckt doch in den Frauensleuten.

(Maxim Gorki)

Ohne die Frau kann der Mann nicht Mensch sein. Ohne die Teilnahme der Frau kann der Mann kein menschliches Ideal verwirklichen.

(Wilhelm Liebknecht)

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

6. März

Die nächste Ausgabe erscheint am

23. März

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40